

## I. VORBEREITUNG UND ERSTE ERFAHRUNG DER MILITÄRREGIERUNG

Als einer der führenden Mitarbeiter des US-Nachrichtendienstes OSS in Europa war Dorn von Anfang an in die Ausbildung der Militärregierungs-offiziere eingeschaltet und erlebte beim alliierten Einmarsch die ersten Begegnungen mit der Lage in Deutschland mit. Seine Erinnerungen an diese Zeit und seine Notizen beschreiben verschiedene Aspekte zweier Hauptsachverhalte: 1. daß die Verhältnisse in Deutschland anders waren, als man bei den Besatzungsplanungen angenommen hatte, und daß man insofern zunächst weitgehend auf Improvisation angewiesen war; 2. daß die Ausbildung der Militärregierungs-offiziere und längerfristige Planungen für eine Besatzungspolitik in Deutschland daran scheiterten, daß die Armee nach eigenem Gutdünken improvisierte und ihre militärischen Interessen obenan stellte<sup>1</sup>. Beide Grundtendenzen gehen auf das Defizit politischer Entscheidungen über die konkreten Ziele in Deutschland zurück<sup>2</sup>.

Abgesehen von den späten und sehr allgemeinen Interessensphärenabgrenzungen in Jalta sowie von den organisatorischen Vorbereitungen auf die deutsche Kapitulation und die Bildung eines alliierten Kontrollrats waren – trotz des Drängens der Briten – interalliierte Planungen für Deutschland am Widerstand der USA und der UdSSR gescheitert<sup>3</sup>. Beide wollten sich offenbar die Hand frei halten, um bei Kriegsende sich etwa noch bietende Möglichkeiten wahrnehmen zu können. Diese Politik des ‚non-decision-making‘ reflektierte jedoch auch die Gleichläufigkeit unterschiedlicher welt- und auch deutschlandpolitischer Konzeptionen in den Regierungen. Nicht daß es keine Konzeptionen in Washington, sondern daß es unvereinbare gab<sup>4</sup>, beraubte den ame-

<sup>1</sup> Die militärische Planung ging bis zum Sommer 1944 davon aus, daß die Besatzungsmacht den deutschen Verwaltungsapparat durch indirect rule übernehmen könne. Eisenhower betonte seinem Stab gegenüber „the military nature of the plan, and the necessity for removing any political flavor“. Zur selben Zeit wurde jedoch deutlich, daß die Militärregierung in Deutschland schrittweise beginnen und die Übernahme der vollen Verantwortung für Verwaltung, Versorgung und Politik in einer chaotischen Lage bedeuten würde. Deshalb drängte der Oberbefehlshaber in Washington auf politische Führung und Begrenzung der militärischen Verantwortung. Vgl. Office of the Chief Historian, Eur. Command: Planning for the Occupation of Germany, Occupation Forces in Europe Series, 1945–46, MS, Frankfurt 1947, S. 58 ff. (Zit. S. 67), 85 f.; Hammond, a. a. O., S. 352. In der Praxis wehrten sich die Militärs jedoch gegen jede Einmischung in ihre Zuständigkeit und gingen auf unterer Ebene nach Gutdünken und Faustregeln vor.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. Günter Moltmann: Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1958. Die in der neueren Forschung bes. von Revisionisten wie Gabriel Kolko: The Politics of War, New York 1968, betonte Rolle des State Department bei der Ausformung der weltpolitischen und -wirtschaftlichen Ordnungskonzeptionen der USA gilt gerade nicht für die Deutschlandpolitik, wo dieser Einfluß bis zum Tod Roosevelts durch die Einschaltung Morgenthau in Schach gehalten wurde. Vgl. neben Hammond auch John M. Blum: Deutschland, ein Ackerland? Düsseldorf 1968, Kap. VI f.

<sup>3</sup> Hans-Günter Kowalski: Die „European Advisory Commission“ als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945, in: VfZG 19 (1971), S. 261 ff., bes. 293.

<sup>4</sup> Dorn hat in einer Besprechung von Snell in Americ. Hist. Rev. 65 (1959/60), S. 342 f. betont, daß nicht der Mangel an politischer Führung überhaupt, sondern die Ablehnung von JCS 1067 durch die US-Delegation bei der EAC das Hindernis internationaler Planungs-koordination war.

rikanischen Apparat der Besatzungsplanung politischer Führung, unterwarf ihn eindeutig der Priorität militärstrategischer Entscheidung und Organisation und zwang ihn, anstatt seine Planungen auf vorbedachte Zwecke auszurichten, sie von angenommenen Bedingungen abhängig zu machen. Die Grundannahme der Planer, Deutschland werde im Laufe des Jahres 1944 zusammenbrechen und könne als Ganzes mit einem noch verhältnismäßig intakten Verwaltungs- und Produktionsapparat übernommen werden, erwies sich als falsch. Die Ausbildung der Militärregierungs-offiziere mußte sich nun kurzfristig darauf umstellen, irgendwie dem Chaos hinter der Front während der Eroberung Deutschlands Herr zu werden, wobei das Militär sich die Militärregierung eindeutig unterordnete und keine vertikale Verwaltungsorganisation für Angelegenheiten der Zivilbevölkerung duldete<sup>5</sup>. Dadurch wurde die Praxis am einzelnen Ort in hohem Maße zufällig und spiegelte vor allem militärisches Ordnungsdenken, aber auch persönliche Willkür mittlerer Befehlshaber, die plötzlich zu Kreiskönigen geworden waren<sup>6</sup>.

Doch die Wirkungen der Verselbständigung des Militärs beschränkten sich nicht auf die lokale Ebene. An einem Tiefpunkt politischer Führung kurz vor dem Tod Roosevelts entschied Eisenhower als Oberbefehlshaber der westalliierten Streitkräfte (SCAEF) gegen den Widerstand der Briten und offenbar kaum koordiniert mit Washington, das bisherige strategische Ziel Berlin fallen zu lassen und Stalin zu eröffnen, daß die Sowjets die Reichshauptstadt einnehmen könnten, während sich die amerikanischen Truppen der Niederkämpfung des vermuteten deutschen Widerstands in der vielgefürchteten ‚Alpenfestung‘ zuwendeten<sup>7</sup>. Diese später viel kritisierte Entscheidung war offenbar weniger eine positive Geste gegenüber dem sowjetischen Partner, denn Berlin war für Eisenhower nur noch ein „geographischer Punkt“ und Trümmerhaufen ohne militärische Bedeutung<sup>8</sup>. Sie ist eher auf nationale Empfindlichkeit – der Engländer Montgomery sollte den Marsch auf Berlin kommandieren – und innermilitärische Prioritäten zurückzuführen; der Gegner sollte schnellstmöglich vernichtet werden, und zwar insbesondere vom rechten Flügel der SHAEF-Verbände, die von Amerikanern befehligt wurden<sup>9</sup>. Dorn glaubte, dadurch sollte ein weiteres Vorrücken der Russen im Alpengebiet verhindert werden. Für die Militärregierung hatte der ‚Halt an der Elbe‘ zwei Konsequenzen: das bestvorbereitete MG-Detach-

---

<sup>5</sup> Militärregierung wurde in zwei Organisationsformen ausgeübt: bei den kämpfenden Verbänden durch die 5. Generalstabsabteilung (G-5), die dem jeweiligen Kommandeur der Armee, Division etc. unterstellt war. Zweitens gab es Spezialstäbe, die für bestimmte Aufgaben oder Orte vorgebildet waren. Bis in den Sommer 1945 blieben diese jedoch der Befehlsgewalt der Truppenkommandeure, denen sie attachiert waren, unterworfen. Später wurden die Spezialstäbe aus der Armee herausgelöst und parallel zur deutschen Verwaltung regional organisiert; daraus entstand Clays OMGUS-Apparat.

<sup>6</sup> Vgl. z. B. Harold Zink: *American Military Government in Germany*, New York 1947, S. 58 (für die taktischen Kommandeure der 3. Armee); Saul K. Padover: *Experiment in Germany*, New York 1946, S. 78 ff., 120 ff. (für Offiziere in Roettgen).

<sup>7</sup> Jean E. Smith, a. a. O., S. 34 ff.; Rodney G. Minott: *Top Secret, Hitlers Alpenfestung*, Reinbek b. Hamburg 1967, S. 41 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Alfred D. Chandler Jr. u. a. (Hrsg.): *The Papers of Dwight David Eisenhower*, Bd. 4, Baltimore/London 1970, S. 2347 f., 2551 ff., Zit. S. 2568; Dwight D. Eisenhower: *Crusade in Europe*, Garden City N.Y. 1948, S. 396 ff.; sowie Walter Bedell Smith: *Eisenhowers Six Great Decisions, Europe 1944–45*, New York 1956, S. 181 ff. („The only way it could end“).

<sup>9</sup> Vgl. Arthur Bryant: *Sieg im Westen 1943–1946*, Düsseldorf 1960, S. 439 ff.; Marshall Montgomery: *Memoiren*, München o. J., S. 371 ff.; Winston S. Churchill: *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. VI/2 ‚Der Eiserne Vorhang‘, Stuttgart 1954, S. 133 ff.

ment A1A1<sup>10</sup>, das für den US-Sektor von Berlin vorgesehen war, kam nicht zum Einsatz und improvisierte im sächsisch-braunschweigischen Raum; zugleich wurde USGrCC, die amerikanische Delegation zum Kontrollrat, zweieinhalb Monate von ihrer eigentlichen Aufgabe abgehalten und wartete in Frankfurt auf ihren Einsatz<sup>11</sup>. Wichtiger waren die politischen und organisatorischen Folgen dieser Entscheidung für den gesamten Militärregierungsaufbau. Auf der interzonalen Ebene wurde die Gunst der ersten Stunde verpaßt und die Neigung der Führungsmächte bestätigt, zunächst einmal ihren Einflußbereich als Faustpfand in Besitz zu nehmen und durch entsprechende Vorentscheidung zu strukturieren<sup>12</sup>. Dadurch geriet die spätere interalliierte Organisation zu einer sekundären Struktur, die im Zuge der wachsenden internationalen Spannungen zwischen den Führungsmächten die zentrifugalen Kräfte, die auf den Kontrollrat einwirkten, nicht mehr hinreichend bremsen konnte. Zugleich blieb der eigentliche Kopf der Militärregierung (als von der Armee gesonderte Verwaltungseinheit), USGrCC und später OMGUS, zunächst inaktiv, während die lokalen und regionalen Einheiten der Militärregierung dem Oberkommando von SHAEF bzw. USFET lange unterstellt und damit in die militärische Befehls- und Wert-hierarchie eingeordnet blieben. Erst als sich OMGUS in Berlin eingerichtet hatte, begann die Emanzipation und Konsolidierung der Militärregierung und die Ablösung jener dilatorischen Maßnahmen, die häufig eine nur wenig modifizierte Übernahme deutscher Institutionen aus der NS-Zeit bedeutet hatten<sup>13</sup>.

Unter diesen Bedingungen waren die frühen Einsätze der Militärregierung ein Skandal auf Raten. Dorn, der als politischer Berater zum A1A1-Detachment gehört hatte und sich nach Eisenhowers Entscheidung sofort von ihm trennte, begegnete in Krefeld, Leipzig, Bremen und an verschiedenen anderen Orten<sup>14</sup> dem administrativen Chaos und der ‚Law and Order‘-Politik der frühen Kommandeure und versuchte mehrfach, mildernd und vermittelnd einzugreifen. Die Besatzungseinheiten wechselten am einzelnen Ort schnell; die abziehenden Truppen nahmen oft die Akten mit, die einrückenden entließen die gerade eingesetzten oder in ihren Ämtern bestätigten deutschen Beamten wieder. Deutsche, die in den Antifa-Ausschüssen kooperative Selbsthilfe und antifaschistische Selbstsäuberung in Angriff nehmen wollten, wurden wo nicht ins Gefängnis, doch nach Hause geschickt<sup>15</sup>. Die Ansätze zu einer demokratischen Partei-

<sup>10</sup> S. u. I. 2; vgl. auch Frank L. Howley: Berlin Command, New York 1950, S. 18 f.

<sup>11</sup> Vgl. Calvin B. Hoover: Memoirs of Capitalism, Communism, and Nazism, Durham N. C. 1965, S. 223 ff.

<sup>12</sup> Zur politischen Vorstrukturierung führten in der US-Zone vor allem die Praxis des politischen Betätigungsverbots, die Verzögerung der Gewerkschaftsneugründungen, die Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern und Kirchen und die alsbaldige Verwaltungsrekonstruktion mit ‚Fachleuten‘. Auf die Vorentscheidungen in der SBZ reagierten die USA im Herbst mit Wahlen (Parteienforcierung) und Länderrat (zonale Zentralverwaltungen).

<sup>13</sup> Fast überall wurden der ‚Reichsnährstand‘, die wirtschaftliche Selbstverwaltung und die staatliche Wirtschaftsverwaltung mit nur oberflächlichen Retuschen weitergeführt. In der allgemeinen Verwaltung setzte sich MG nach erster Lagesondierung z. T. an den Platz der Gauleiter bzw. Reichsstatthalter, um wie diese der intermediären Verwaltung zu befehlen.

<sup>14</sup> In den frühen Notizen Dorns sind noch umzusammenhängende Stücke aus einigen anderen Orten, insbesondere Düsseldorf, erhalten.

<sup>15</sup> Vgl. I. 5. Die Auflösung der Antifa ist in fast allen Großstädten zu verfolgen, obwohl die einzelnen örtlichen Gruppierungen nach Herkunft und Zielen ein breites Spektrum abdecken. Bremens „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ (vgl. Anm. 74) ist in dieser Hinsicht eine Ausnahme; sie bestand zwar noch bis 1946, wurde jedoch durch die Rekonstruktion der Parteien und der Verwaltung innerlich ausgehöhlt. Neben Dorn hatte hier vor allem der marxistische Theoretiker und damalige Bremer Besatzungsoffizier Paul M. Sweezy (vgl. sein

und Gewerkschaftsorganisation wurden unterbunden<sup>16</sup>, dafür meist der organisatorische Aufbau, soweit er sich aus dem Dritten Reich noch erhalten hatte, und nicht selten auch das Personal weitergeführt. Ländergrenzen, die sich von langfristiger Tragweite erweisen sollten, wurden nach kurzfristigen Bedürfnissen der Truppe gezogen, z. B. um eine Autobahn benützen oder einen Nachschubhafen zur ausschließlichen Verfügung haben zu können, ohne sich mit überflüssiger deutscher Verwaltung und interalliiertem Ärger zu belasten<sup>17</sup>. Nach dieser dilatorischen Stabilisierung im Namen militärischer Sicherheit und administrativer Konsolidierung, welche die Chancen autochthoner Umwälzung im Keim erstickte und deutsche konservative Bestrebungen, den befürchteten Linksrutsch durch autoritäre Verwaltung abzufangen, ergänzte, begannen die eigentlichen Militärregierungsbeamten, ihre Entnazifizierungsdirektiven anzuwenden und die restaurierte Verwaltungsorganisation personell auszuhebeln<sup>18</sup>. Damit standen die Amerikaner im Herbst so ziemlich wieder am Anfang, nur daß die potentiellen politischen Partner bereits verprellt waren: Eine linke Mobilisierung war untersagt worden, das konservative Konzept autoritärer Verwaltung stand vor dem Zusammenbruch. Die wirtschaftliche Auszehrung schritt voran, und die interalliierten Spannungen waren ebenso stark wie der Kontrollrat als das Instrument ihrer Überwindung in der Deutschlandverwaltung schwach.

#### I. 1 Militärregierungsausbildung vor der Kapitulation<sup>19</sup>. [Erinnerungen]

Es gab vier Phasen: zunächst die Shrivenham-Phase und dann seit Juni 1944 die Manchester-Phase, die bis zum September andauerte, und dann zog die ganze Civil Affairs Division<sup>20</sup> Anfang September nach Frankreich, hielt zunächst in Le Mans und errichtete dann ihr Hauptquartier etwa 35 Meilen östlich von Paris in Rochefort, und von da wur-

---

„The Present as History“, New York 1953, Wiederdr. 1962, S. 248 f.) zugunsten der Antifa eingegriffen. Aber auch in solchen Fällen scheiterte das spezifische Bemühen um eine antifaschistische Mobilisierung durch Selbsthilfe und Selbstsäuberung in der Umbruchsituation; es wurden nur die Führungsfunktionäre für die Partei- und Verwaltungselite gerettet.

<sup>16</sup> Das politische Betätigungsverbot, wie es in den Besatzungsdirektiven CCS 551 und JCS 1067 niedergelegt war, hätte nicht notwendig die Gründung jedweder Massenorganisationen unterbinden müssen, wenn sie mit Genehmigung der Militärregierung geschah. Vgl. Foreign Relations, 1945, Bd. III, S. 941 (Bericht über eine diesbezügliche SHAEF-Konferenz vom 5. 6. 1945). Das Militär generalisierte jedoch diese ursprünglich wohl vor allem als Damm gegen Nazis und Kommunisten gedachte Bestimmung. In den Planungsstäben erwartete man, Nazis und Kommunisten in Deutschland unter jeder denkbaren politischen Verkleidung anzutreffen. Vgl. Salomon Lebovitz: Military Government and the Revival of German Political Activity, Ph. D. Diss. MS Harvard 1949, S. 43ff., 151; Sumner Welles: Jetzt oder nie? Stockholm 1944, S. 335.

<sup>17</sup> Vgl. I. 6. Ähnliches gilt für die Abgrenzung der US-Zone von dem neu einzurichtenden französischen Besatzungsgebiet.

<sup>18</sup> Vgl. für ein regionales Beispiel Niethammer, Entnazifizierung, Kap. 2.

<sup>19</sup> Vgl. die beste Zusammenfassung der einzelnen Stufen der Ausbildung der MG-Offiziere 1942 bis 1945 bei Harold Zink: The United States in Germany 1944–1955, Princeton 1957, S. 10 ff. (mit Lit.).

<sup>20</sup> Die „European Civil Affairs Division“ war eine am 12. 2. 1944 geschaffene Versorgungs- und Verwaltungseinheit für alle mit Angelegenheiten der Zivilbevölkerung befaßten amerikanischen Spezialstäbe in Westeuropa (umfaßte also nicht die G-5-Stäbe). Sie wurde zunächst von Col. Cuthbert P. Stearns, später von Col. H. McE. Pendleton (vgl. dessen „The European Civil Affairs Division“, in: Mil. Rev. 26, April 1946, S. 49 ff.) geleitet. Vgl. Harry L. Coles/Albert K. Weinberg: Civil Affairs: Soldiers Become Governors, Washington D. C. 1964, S. 674 f.

den die verschiedenen Einheiten zur Spezialausbildung in diesem Bereich verteilt (November 1944 bis zum Beginn der Operationen der Militärregierung im nächsten Frühjahr). Die erste Phase in Shrivenham begann, als die über 2000 Offiziere von den verschiedenen Civil Affairs Schulen in den Staaten<sup>21</sup> herübergebracht wurden, um in Shrivenham eine Civil Affairs-Abteilung aufzubauen. Das wurde sicherlich verfrüht getan, weil man zu Hause den drohenden Zusammenbruch Deutschlands erwartete. Dieser Gedanke beherrschte seitdem die ganze Ausbildung. Ein langfristiges Unterrichtsprogramm konnte in Europa nicht entwickelt werden, weil man stets annahm, daß diese Leute in drei oder vier Wochen den Armeen zum Einsatz angeschlossen würden. Natürlich wußte niemand in der Civil Affairs Division etwas von den Invasionsplänen, so daß es keine Vorbereitung dafür gab und eine enorme Verzögerung eintrat. Bei der Ausbildung lebte man von der Hand in den Mund und improvisierte; niemand wußte, wie lange das dauern würde. Der erste Ausbildungslehrgang erstreckte sich nach meiner Erinnerung über drei bis vier Wochen, während derer verschiedene Referenten kamen. Sie erinnern sich, daß Sie, Dr. White<sup>22</sup>, mit einer ziemlichen Anzahl von Leuten aus der OSS Ende Februar oder Anfang März 1944 in das Militärregierungs-Ausbildungszentrum unter Oberst Hardy Dillard kamen [...]. Zunächst gab es Referate. Dann wurden die Leute in verschiedene Einheiten aufgegliedert. Sie hatten sich verschiedenen Sprachkursen, dem militärischen Drill und allen möglichen körperlichen Trainingsübungen<sup>23</sup> zu unterziehen, weil diese Leute kaum eine Armee-Ausbildung hatten. Die frühe Ausbildung war in der Tat eine Fortsetzung dessen, was sie in den Civil Affairs Training Schools erfahren hatten. Es war ein allgemeiner Unterricht über die Art und die Struktur der Nazipartei, den historischen Hintergrund Deutschlands, die deutsche Verwaltung, die deutsche Wirtschaft, das deutsche Polizeisystem und alle die verschiedenen Sachgebiete, die später als große und kleine Glieder der Militärregierungsstruktur auftauchten. Ich glaube, die Ausbildung wurde mit viel Geschick und Erfolg durchgeführt, mit Hilfe zum Teil jener ausführlichen OSS-Studien über jeden Bereich der deutschen Verwaltung, zum Teil des [britischen] PID-Handbuchs über Deutschland<sup>24</sup>. Mit anderen Worten gab es eine beträchtliche Menge erstklassiger Literatur, wodurch diesen Leuten die Möglichkeit geboten wurde, über Deutschland zu lesen und zu arbeiten, über deutsche Verwaltung, deutsche Politik, die Nazipartei; und nachdem das PID-Handbuch

<sup>21</sup> Die „Civil Affairs Training Schools“ waren Ausbildungszentren, die an verschiedenen amerikanischen Universitäten eingerichtet worden waren, um die Masse der MG-Offiziere landeskundlich vorzubilden. Stabsoffiziere wurden in einer besonderen Schule in Charlottesville Va. ausgebildet; außerdem gab es ein militärisches Training in Fort Custer. Das Ausbildungszentrum in Shrivenham in Südwestengland wurde am 1. 12. 1943 gegründet; die Masse der MG-Offiziere kam im Frühjahr 1944 hierher.

<sup>22</sup> White war Dorns Interviewer in der historischen Abteilung OMGUS, vgl. Einleitung, S. 18. David Glen White (geb. 1907) promovierte 1939 in Berlin und war seit 1942 in OSS und später in der Navy tätig; 1945 in USGrCC, danach in OMGUS für die Herausgabe der Verordnungen zuständig, 1948-49 Chief Historian, eine Tätigkeit, die er als Consultant noch eine Weile in HICOG weiterführte. 1951/52 dann in Pollocks und Litchfields „Governmental Affairs Institute“ in Washington. Danach begann er noch einmal zu studieren und promovierte 1960 an der University of Maryland. Nach einer Tätigkeit im Forschungsstab des Friedenskorpas wurde er Professor für Kinder- und Erziehungspsychologie an der Staatsuniversität von Utah in Logan.

<sup>23</sup> Bei den MG-Offizieren, die gewöhnlich im Zivilberuf eine höhere Stellung einnahmen, waren Klagen über den als sinnlos betrachteten militärischen Drill verbreitet. Vgl. z. B. Zink: *Military Government*, a. a. O., S. 8 ff.; Thomas P. Hazard: *Civil Affairs*, hekt. Rhode Island 1949. Über die unzureichenden Planungsmöglichkeiten in Shrivenham berichtet Marshall Knappen: *And Call it Peace*, Chicago 1947, S. 19.

<sup>24</sup> Vgl. Anm. 13 z. Einl.; das britische Handbuch war von der „Political Intelligence Division“ des Außenministeriums zusammengestellt. Great Britain, Foreign Office: *Germany, Basic Handbook* (o. O. u. J.); auf wirtschaftlichem Gebiet ergänzt durch Great Britain, Foreign Office, Ministry of Economic Warfare, Enemy Branch: *Economic Survey of Germany*, 3 Bde. u. Suppl. London 1944 (Library of Congress).

fertig oder wenigstens teilweise fertig war, wurde es ihnen in ziemlich vielen Exemplaren zum Studium in die Hand gegeben. Aber die Hauptschwierigkeit war, daß man nicht wußte, wie lange das währen sollte. Hardy Dillard konnte nicht für einen längeren Zeitraum vernünftig planen, weil es ständig Gerüchte gab, daß Deutschland kurz vor dem Zusammenbruch stehe und die Aufstellung [der Militärregierung] rasch voranschreiten müsse; deshalb wurde in Kompanien und Einheiten eingeteilt: z. B. Offiziere, die für Belgien, Holland, Norwegen oder Dänemark ausgebildet waren. Es gab eine ganze Anzahl Einheiten dieser Art, neben der Masse der Offiziere, die letztlich für Deutschland bestimmt waren. Zur selben Zeit gab es ein Ausbildungszentrum in Ktisi Usu in Nordafrika für jene Offiziere, die auf dem Weg nach Italien, nach Sizilien waren. Von ihnen kam eine beträchtliche Anzahl nach der Invasion [nach Shrivensham], nachdem sie dort den Personalbedarf kalkulieren konnten. Die meisten Leute arbeiteten jedoch in einem luftleeren Raum, wie auch die ganze Planung in einem luftleeren Raum stattfand. Diese setzte die Fortdauer der kommunalen und politischen Organisation in ganz Deutschland voraus. Die wirkliche Lage, die wir antrafen, erforderte jedoch eine vollständig andere Art von Planung. Aber niemand sah voraus und konnte voraussehen, daß die ganze Struktur des deutschen Systems und der Organisationsaufbau der Verwaltung und Wirtschaft so vollständig und durch und durch aufgelöst sein würden, wie sie es tatsächlich waren.

Wegen der großen Ausbildungszeiträume glaubte jedermann, kurz vor dem Einsatz zu stehen; aber Monat um Monat ging dahin, und nichts geschah. Monat um Monat erwarteten die Leute, daß es losgehe. Sie wollten überhaupt keine Ausbildung. Sie hielten sich für ausgebildet. Die meisten glaubten, sie seien in einem gewissen Sinne schon Autoritäten auf ihrem Gebiet, weil sie mit Blick auf ihre besonderen Fähigkeiten sorgfältig ausgewählt worden waren: Es gab Ökonomen, Rechtsanwälte, Ingenieure, Polizeiadministratoren; und man kann ruhig hinzufügen, daß die Qualität des Militärregierungsoffiziers in der Civil Affairs Division besonders hoch war. Die Auswahl zu Hause war gut gewesen, aber man hatte ihnen ohne jede Berechtigung versprochen, daß, sobald sie auf der anderen Seite [des Atlantiks] sein würden, der Einsatz begännen. Derweil geschah jedoch vor D-Day im Juni natürlich nichts, stattdessen gab es eine ganze Abfolge von Ausbildungsprogrammen. Deshalb war die Moral natürlich extrem schlecht.

Ich persönlich hielt Vorlesungen über die Verwaltung, das Regierungssystem und die jüngere Geschichte Deutschlands, über die Struktur und Organisation der Nazipartei, über die SS, die Waffen-SS und ähnliche Aspekte. Später wurde es wiederholt. Nachdem wir auch das getan hatten, mußten wir ständig neue Methoden der Ausbildung erfinden. Bei einer Gelegenheit simulierten wir den ganzen Staat Hessen, sowohl die deutschen Beamten wie auch die Militärregierungsoffiziere. Die Darmstädter Regierung und die zugehörige Militärregierung wurden durchgespielt. Das dauerte eine runde Woche. Schließlich entdeckten wir freilich, daß es Darmstadt so nicht mehr gab.

Ich glaube, Shrivensham war der bedeutungsloseste Teil der Ausbildung. Wichtiger war die zweite Phase. Denn in Manchester sollte das Zielprogramm [pinpointing program] beginnen. Allerdings wurden zunächst nur die größeren Einheiten der Militärregierung gebildet. Zu dieser Zeit wußten wir, daß wir ins südliche Deutschland kommen würden. So war es möglich, Teams aufzustellen für Bayern, damals schon unter Oberst Keegan, für Württemberg unter Oberst Hess, für Baden unter Oberst Dawson, für Kur-Hessen und Hessen-Nassau [unter Oberst Johnson], und dann wurde eine Militärregierung für Darmstadt aufgestellt, und das war Oberst Newman für das Land Hessen. Freilich gelangten nur die wenigsten Einheiten schließlich an den Platz, für den sie ausgebildet worden waren, vielleicht mit Ausnahme derer von Dawson und Keegan. Für Bremen hatten wir zu dieser Zeit noch keine wirkliche Zielausbildung, und das A1A1 [Detachment], das für Berlin vorgesehen war, wurde erst aufgestellt, als die Militärregierungsoffiziere von Manchester nach Rochefort und Troyes verlegt wurden. Ich will aber darauf hinweisen, daß in Manchester eine ganze Menge solider und wichtiger Unterweisung geschah, weil die Einheiten für die verschiedenen Länder der US-Zone hier tatsächlich gebildet wurden, und

deren Leute studierten von dieser Zeit an ständig die besonderen Bedingungen, die wirtschaftlichen, politischen und Verwaltungsstrukturen ihrer Zielgebiete. Seit Juni [verbesserte sich] das ganze Verhältnis mit Bushy Park<sup>25</sup>, wo die German Country Unit aufgestellt wurde, und mit Washington, wo die Politik gemacht wurde. Denn nach Quebec<sup>26</sup> begann die Information wenigstens tropfenweise in die Militärregierungsgruppe einzusickern; ich erinnere mich an Oberst [Bernstein], Vertreter des Schatzministeriums, Chef der Finanzabteilung der German Country Unit und Finanzchef in SHAEF, der zu uns kam und uns im wesentlichen über den Morgenthau-Plan unterrichtete, von dem er während einer Reise nach Washington Kenntnis erlangt hatte. In dieser Hauptphase hielt ich Vorlesungen über Bayern, die Parteisituation, die bayerische Geschichte, Verwaltung, die Monarchistenbewegung usw.

Im frühen September wurde die ganze Civil Affairs Division nach Frankreich verlegt, wo sie ihre Zelte zuerst in Le Mans aufschlug, dort aber nicht blieb, und dann in Rochefort, etwa 35 Meilen südwestlich von Paris, einem gräßlichen Ort. Dazu war es ein besonders nasser und kalter Herbst. Es gab nicht genügend Raum im Schloß, um die Division unterzubringen, so daß sie in Zelten auf den Hügeln rings umher in Schmutz und Regen lagerte; die Planung war besonders blöde und einfallslos, und all diese schrecklichen Strapazen waren ganz unnötig. Das Essen allerdings war sehr erträglich, weil die Nachschubsituation ziemlich gut war. Zu dieser Zeit war General Stearns G-5 der COMZONE<sup>27</sup> in Paris geworden, und die Leitung der Civil Affairs Division war Oberst Pendleton übergeben worden, einem alten Kavallerie-Offizier, sowie seinem Stabschef, Oberstleutnant Glossbrenner, einem unangenehmen Menschen, den die meisten Militärregierungsoffiziere verabscheuten. [...] In Rochefort wurden die Regionalprogramme weitergeführt. Natürlich war die Moral außerordentlich niedrig, wegen des kalten und regnerischen Wetters, wegen der Ungeduld der Offiziere, und weil die ganze Übersiedelung nach Frankreich ohne jede klug geplante Voraussicht vonstatten gegangen war – eine unmögliche Lage, die Tag um Tag und Woche um Woche andauerte. Diese Leute, die da draußen in Dreck und Schlamm an den Hängen um Rochefort lagen, waren zu bemitleiden. Ich erinnere mich, daß ich gewöhnlich zwei- bis dreimal am Tag zu 500 Offizieren zu sprechen hatte, nur um sie bei Laune zu halten, wobei ich mir ein Halsleiden zuzog. Es gab keinen notwendigen Grund für die Fortdauer dieses Zustands, denn es gab reichlich Wohnungen in Frankreich. Es war dieses unglaublich stupide Management, das zu einer Krise in der Moral führte. Diese hatte sich freilich schon seit Shrivenham vorbereitet, wohin General Eisenhower persönlich kommen mußte, um zu den Militärregierungsoffizieren zu sprechen, ihnen ihre Funktion zu beschreiben; aber die Talsohle ihrer Leiden war Rochefort. Wir pflegten es „Valley Forge“<sup>28</sup> zu nennen. Schließlich dämmerte es sogar den kommandierenden Offizieren, daß diese Sache abgebrochen werden mußte; so wurde das nächste Zentrum Troyes in Ostfrankreich. [...]

<sup>25</sup> Vorort London S. W., Sitz der SHAEF-Planungsstäbe im Sommer 1944.

<sup>26</sup> Gemeint ist die anglo-amerikanische Gipfelkonferenz in Quebec am 11./16. 9. 1944. Vgl. Blum, a. a. O., S. 234 ff.

<sup>27</sup> Vgl. Anm. 20. Stearns war also zuständig für Civil Affairs in Nordfrankreich, dem Bereich der rückwärtigen Verbindungen der US-Armee (COMZONE).

<sup>28</sup> Valley Forge ist ein kleines Dorf in Süd-Pennsylvania, in dem Washingtons Continental Army 1777/78 ihr Winterlager aufschlug. Mangel an Unterkünften, Nahrungsmitteln und Bekleidung sollen in dem extrem harten Winter die Truppe etwa um ein Viertel dezimiert haben. Die Bedeutung der Moralkrise bei den Besatzungsoffizieren vor ihrem Einsatz in Deutschland lag darin, daß sie durch die lange Dauer der Ausbildung eine verhältnismäßig lange Dienstzeit erwarben, während ihnen der Dienst selbst verleidet war. Sehr viele machten deshalb schon in der zweiten Hälfte 1945 im Rahmen der Demobilisierung der Armee an Hand eines Punktsystems, das sich an der Dauer des Wehrdienstes orientierte, von der Möglichkeit der Heimsendung Gebrauch. Soweit damals Ersatz beschafft wurde, fehlte diesem eine vergleichbare Vorbildung.

Von der Zeit an, als die Civil Affairs Division aufgeteilt und den verschiedenen Armeegruppen und Armee-Einheiten zugewiesen worden war, verbesserte sich schnell die ganze Organisation und Ausbildung der Militärregierungsteams. Sie erwarteten jetzt freilich, jeden Moment nach Deutschland gerufen zu werden, und versuchten, sich von nun an in einer Weise auszubilden, daß sie jederzeit einsatzbereit wären. Newmans Gruppe, Dawsons Gruppe, Johnsons Gruppe, McCulloughs Gruppe oben in Belgien konnten nun mit Blick auf ihr besonderes Gebiet ausbilden, und das wurde getan. Natürlich kamen die ganze Zeit immer noch neue Offiziere hinzu und mußten von neuem ausgebildet werden; aber im ganzen gesehen wurde während des Herbstes und Winters eine wirklich solide Ausbildung betrieben. Ich war beim Detachment A1A1, und nachdem ich in Straßburg gewesen war, hatte ich sehr viel Material über die Organisation der Nazi-Partei, den Aufbau des Polizeisystems, über das Nazisystem bekommen, das ich vorher nicht gekannt hatte. Nachdem ich das aufgenommen hatte, machte ich die Runde von Dawson bis hin zu Oberst McCullough in Tirlémont, um diese Informationen nutzbar zu machen. Dann kehrte ich nach Verdun zurück, wo jetzt das Hauptquartier des G-5 der 12. Armeegruppe war, und arbeitete eine Weile mit General Ryan; und von da aus ging ich zunächst nach Aachen und dann über Krefeld und Mönchengladbach nach Köln. Von nun an kamen die Militärregierungsteams zum Einsatz. Das erste Team freilich war das unter Major Jones in Aachen<sup>29</sup>. Später wurde in Krefeld eine lange Reihe von unterstützenden Gruppen unter Major Bard aufgestellt, wobei man wichtige Erfahrungen sammelte. Wir lernten jetzt, daß wir weder eine Partei noch eine vollständige, sei es lokale, sei es zentrale Verwaltung in Deutschland finden würden. Von dieser Zeit an wurde die wenige Ausbildung, die noch weiterging, mit Blick auf diesen Tatbestand betrieben und an die neue Lage angepaßt, wenn auch weder vollständig noch befriedigend. Ich versuchte besonders, General Ryan diese neue Lage klarzumachen und die Ausbildung der Offiziere unter seinem Befehl in dieser Richtung zu beeinflussen; General Ryan jedoch war zu sehr, wie soll ich sagen, mit anderen Angelegenheiten beschäftigt. Zwar gab er häufig vor, auf meinen Rat zu hören, aber in Wirklichkeit führte er ihn nicht aus. Als Folge davon war er ein durchaus dürftiger und inkompetenter G-5 der 12. Armeegruppe; und der ganze Aachen-Vorfall geschah ja auch unter seinem Befehl.

## I. 2 Die Abteilung A1A1<sup>30</sup>. [Erinnerungen]

Zuerst blieb ich bei A1A1; dieses Detachment war in Paris gewesen. Zuvor war Oberst Howley Militärgouverneur von Cherbourg. Danach nahm sich dieses Team A1A1, das auch nach Berlin gehen sollte, der Stadt Paris an, wo ich Oberst Howley kennenlernte. Freilich bedeutete aber Militärregierung in Frankreich etwas ganz anderes als in Deutschland<sup>31</sup>. Die Ausbildung bei Howley begann im September; um den 20. herum nahmen

<sup>29</sup> Zur ersten Erfahrung mit dem Einsatz der Militärregierung in Deutschland in Aachen vgl. Padover, a. a. O., S. 125 ff.; Cedrig Belfrage: *Seeds of Destruction*, New York 1954, Teil 1; Arthur D. Kahn: *Offiziere, Kardinäle und Konzerne*, Berlin o. J. (1963), S. 23 ff.; Zink, *American Military Government*, a. a. O., S. 134 f.; Dorn, *Purge*, a. a. O., Kap. IV, S. 19 ff.; Griffith, a. a. O., S. 28 ff.; Niethammer, *Bayern 1945*, a. a. O., S. 172 ff.

<sup>30</sup> Das Detachment A1A1, die Spitzeneinheit der anglo-amerikanischen Militärregierungsteams unter US-Oberst Frank Howley, war zuerst in Cherbourg bei der Invasion, danach in Paris eingesetzt; sein eigentlicher Bestimmungsort war Berlin. Über Ausbildung, Personal und Einsätze informieren: 'History: Die Stadt' und das 'Journal' des Det. A1A1 vom Nov. 1944 bis Juni 1945 (National Archives, Suitland Md.). Zum Einsatz von A1A1 in Paris vgl. Coles/Weinberg, a. a. O., S. 742 ff., in Cherbourg S. 730 ff.

<sup>31</sup> Im Rahmen von 'Civil Affairs' in den befreiten Gebieten kamen dem Det. Koordinierungs-, Beratungs- und Hilfsfunktionen gegenüber der autochthonen Verwaltung zu. In den besetzten Gebieten übte es als 'Military Government' jedoch die Herrschaft aus, entweder direkt oder über eine autochthone Auftragsverwaltung.

ich und Oberst Bromage an einigen Sitzungen dieser A1A1-Einheit teil, die zwar damals noch andere Detachments leitete, aber dann ihre Arbeit beendete und sich verfügbar machte. Sie war ursprünglich in Troyes von Oberst Pendleton als solche zusammengestellt und Howley war zu ihrem Chef ernannt worden. Ich stieß etwa im frühen November in Troyes oder vielmehr St. Savine dazu, und von da an, glaube ich, bekam Howley sein Militärregierungsteam, eine Einheit von recht beträchtlichem Ausmaß, voll in den Griff. Es war sorgfältig ausgewählt worden. Die einzelnen Offiziere waren fähige und hervorragende Leute und bildeten meiner Ansicht nach als Team die fähigste und kompetenteste Gruppe, der ich überhaupt begegnet bin. Ich sage das nicht nur, weil ich mit ihr besonders eng verbunden war. Ich arbeitete auch mit der bayerischen und der württemberg-badischen Gruppe sehr eng zusammen und später auch mit Oberst McCullough in Belgien.

Da Berlin offenbar eine Vier-Mächte-Stadt werden sollte, unternahm Howley schon zu einem frühen Zeitpunkt alle Anstrengungen, um das britische und das französische Kontingent für Berlin in Barbizon, etwas nördlich von Fontainebleau [mit dem amerikanischen zusammenzubringen]. Das französische Team stieß jedoch nie zu uns, weil die Franzosen keine Zeit gehabt hatten, um ihr Team zu organisieren. Die Briten jedoch hatten schon im späten Dezember und im frühen Januar 1945 eine Einheit für Berlin unter Brigadier Hinde aufgestellt<sup>32</sup>, und diese Gruppe stieß im frühen Januar in Barbizon zu Howleys Mannschaft. In der Zwischenzeit waren die Franzosen freilich sehr weit mit ihrer Planung zurück, denn sie hatten ja keine Zone. Howley ging bei verschiedenen Gelegenheiten zu General Koeltz, dem stellvertretenden Militärgouverneur der Anfangszeit, und bat um eine französische Einheit für Berlin, die dieser jedoch nicht zustandebringen konnte. Immerhin schufen sie in Paris ein französisches Militärregierungs-Ausbildungszentrum, zu dem Dawson und eine Anzahl anderer hinzugezogen wurden; ich selbst habe bei diesem Unternehmen jedoch nicht sonderlich mitgearbeitet. Die Franzosen stießen also nie zu unserer Gruppe, weil sie keine Einheit zur Verfügung hatten<sup>33</sup>. In Barbizon wurde viel und hart gearbeitet, um A1A1 für die Stadtverwaltung Berlins in bezug auf rechtliche, polizeiliche, administrative und andere Aspekte auszubilden. Zu dieser Zeit hatte A1A1 schon Fotografien über die Bombardierungen Berlins erhalten, die ziemlich genau waren, und A1A1 arbeitete in der Folge an diesen Materialien und setzte sein ziemlich hartes Ausbildungsprogramm fort, an dem ich mich bis zum frühen März sehr stark beteiligte, als A1A1 nach Namur verlegt wurde.

Ich blieb in Namur, bis die 9. Armee nach Norden schwenkte. Sie erwartete mittlerweile natürlich, sehr schnell nach Berlin hineinzugelangen, und ich erinnere mich der zahlreichen und langen Besprechungen darüber, daß die A1A1-Einheit an die G-5 Einheit der 9. Armee Oberst Kraeges (den ich gut kannte) in Braunschweig Anschluß finden sollte, um sie dafür bereit zu halten, zu einem frühen Zeitpunkt nach Berlin hineingesandt zu werden. Als General Ransome und Oberst Howley nach Braunschweig reisten, um selbst [der 9. Armee] attachiert zu werden, kam der Befehl von General Eisenhower, daß die Truppen in Magdeburg bleiben und nicht nach Berlin gehen sollten<sup>34</sup>. Sobald ich erfuhr, daß

<sup>32</sup> Es war damals geplant, Berlin durch anglo-amerikanische Truppen einzunehmen und zunächst eine gemeinsame Militärregierung für ganz Berlin zu etablieren, die sich nach der Ankunft sowjetischer Truppen auf die westlichen Sektoren der Stadt zurückziehen sollte. Von britischer Seite vgl. F. S. V. Donnison: *Civil Affairs and Military Government North-West Europe 1944-46*, London 1961, S. 255.

<sup>33</sup> Da die Personalreserven in Frankreich kaum für die schnelle Aufstellung einer Armee hinreichten, kam die Bildung besonderer Militärregierungseinheiten in Frankreich nur schleppend in Gang. Der erst im Winter 1944/45 begonnenen Ausbildung lag ein Handbuch zugrunde, das im wesentlichen eine Übersetzung des SHAEF-Handbook war. Vgl. F. Roy Willis: *The French in Germany 1945-1949*, Stanford 1962, S. 71 f.

<sup>34</sup> Vgl. Anm. 7-9. Wie aus Notizen Dorns über den Moment, als Eisenhowers Entscheidung bei den Armeestäben bekannt wurde, hervorgeht, hat man sie politisch verstanden: „Aus all dem ist der Befehl von SHAEF an die 9. Armee, anzuhalten und die Russen in Übereinstimmung

A1A1 nicht als erste Einheit nach Berlin hineingehen würde, trennte ich mich von ihr und ging sofort nach Leipzig und später nach Bremen, um Oberst Welker zu helfen.

### I. 3 Erste Gespräche mit deutschen Repräsentanten. [Notizen aus Krefeld]

Bei den folgenden Notizen, die am bzw. um den 21. 3. 1945 niedergeschrieben wurden, handelt es sich um die einigermaßen zusammenhängenden Stücke eines Notizbuches, das außerdem Adressen- und Personenangaben aus weiteren Gesprächen in Krefeld, Uerdingen und Düsseldorf enthält. In Krefeld, nach Aachen dem zweiten größeren Ort, der von den Amerikanern in Deutschland besetzt wurde, hatte die Truppe (ohne formelle Übergabe) eine Restverwaltung unter den Beigeordneten Richard Lorentzen und Karl Schacht angetroffen, die bei der Flucht der Militär-, Verwaltungs- und Parteidienststellen über den Rhein zurückgelassen worden war<sup>35</sup>. Nach Rücksprache mit den Vertretern der Restverwaltung, der Kirchen und der Industrie setzte das MG-Detachment Johannes Stepkes, bis Mitte 1933 Oberbürgermeister (Zentrum) von Kleve und danach Anwalt in Krefeld, als Oberbürgermeister ein (3. 3. 1945)<sup>36</sup>. Teile der ‚Restverwaltung‘ wurden übernommen. Eine der ersten Maßnahmen der MG in Krefeld war die Genehmigung einer Wiedereröffnung der Industrie- und Handelskammer, die unter ihrem neuen Präsidenten Ernst Engländer (Teilhaber der Verseidag), am 19. 3. ihre erste Sitzung abhielt<sup>37</sup>.

Fabrikant [Josef] Dornbusch.

Padover<sup>38</sup> spottete über den Gedanken eines braunen Bolschewismus. Die Klasse der Industriellen habe einen bestimmten Einfluß auf den Nazismus gehabt, während die Kommunisten ihn nicht beeinflusst, [sondern] unter ihm alles verloren hätten. Die Nazipartei sei keine Partei der unteren Klasse, die gerade um der Macht der Nation willen ausgebeutet worden seien: natürlich verlieren *wir* [die Industriellen] unter dem Nazisystem bestimmte Rechte. Alle Industriellen arbeiteten für die Nazis. Die Ehe zwischen Großbürgertum und Nazis war vollständig. Selbst die Hartnäckigen traten der Partei bei oder boten dem Nazistaat ihre Unterstützung an. Vielleicht war das ein Fehler, aber es ist eine Tatsache. Das Wichtigste an der Nazipartei war, daß sie den Kommunismus verhinderte. Nazipartei wurde zur Nation.

Dornbusch verächtlich über Arbeiter: Man ernähre sie, bezahle sie, gebe ihnen Arbeit, Sorge für sie angemessen. Und dann sage man ihnen: Das ist Kommunismus, dann werden sie Kommunisten sein, oder: Das ist Nazismus, und sie werden Nazis sein. Sie haben keine eigene Meinung, sie sind leicht zu beherrschen, man muß ihnen nur alles versprechen und ihnen angemessene Bedingungen gewähren, so werden sie einfach zu leiten und zu kontrollieren sein. Er sagt, es habe keine Sabotage unter Polen oder Russen gegeben, die letzteren seien sogar die gefügigsten unter den Fremdarbeitern gewesen. Die DAF [bezeichnet er] als Instrument zum Schutz der Arbeiter gegen die Arbeitgeber. Dieser Mann hat sich nicht verändert, seit die Amerikaner hier die Macht haben: er will keine politischen Parteien mehr, keine allgemeinen Wahlen, keine Gewerkschaften. Das Nazisystem sei zuträglich

---

mit einer vorhergegangenen politischen Abmachung Berlin einnehmen zu lassen, klar, wie auch die Russen in Österreich nicht über eine bestimmte Linie hinausgingen und die Amerikaner etwas von diesem Gebiet einnehmen ließen. Es ist ebenso offensichtlich, daß A1A1, amerikanisch wie britisch, nicht nach Berlin gelangen werden, bis die Russen dazu auffordern, und daß diese eine solche Aufforderung nicht ergehen lassen werden, bis sie mit ihrem ‚Job‘ in Berlin fertig sind.“

<sup>35</sup> Carl Müller: Krefeld in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges, in: Die Heimat (Krefeld) 25 (1954), S. 255 ff., S. 263; Dr. (Karl) Schacht: Die Stadt Krefeld im letzten Kriegsjahr, MS. 18 S. (Stadtarchiv Krefeld). Schacht war 1933–45 Beigeordneter für Wirtschaft und Verkehr; Richard Lorentzen wurde Personalreferent der neuen Stadtverwaltung.

<sup>36</sup> Müller, a. a. O.; Verwaltungsbericht der Stadt Krefeld am Rhein, März 1945–April 1949, S. 3.

<sup>37</sup> Die Industrie- und Handelskammer zu Krefeld 1804–1954, Krefeld 1954, S. 87 ff.

<sup>38</sup> Saul K. Padover war Investigator bei der Psychological Warfare Division. Vgl. sein ‚Experiment in Germany‘, a. a. O.

gewesen und wäre ohne die Übertreibung der Nazis noch besser gewesen. Ausgesprochen autoritär. Hierarchie von Arbeit und Fertigkeiten. Die politische Macht sollte auf einer Facharbeiteraristokratie und mittleren Unternehmern als Führern beruhen, das Zunftsystem (DAF) Gewerkschaften und Streiks ersetzen. [ . . ]

In Krefeld sind zwei Divisionen<sup>39</sup>. Die Linie zwischen der 84. und der 102. verläuft durch die Stadtmitte, und die Probleme, die aus dieser Lage entstehen, verursachen endlose Schwierigkeiten und Verwirrung [zwischen den] G-5 beider Divisionen und dem G[-5] des Korps (Oberst Burrow). Unterschiedliche Ausgehverbotszeiten oder andere Polizeiverordnungen. Leute, die auf Fahrrädern von einem Teil der Stadt in den anderen fahren, werden verhaftet oder bekommen ihre Räder abgenommen. Schwierigkeiten für öffentliche Sicherheit. Major Bard hat nun zwar 81 deutsche Polizisten, aber kein Gefängnis. Er improvisierte eines im Keller des Militärregierungsgebäudes, wo er 40 Leute gefangen hält. Die Polizei fürchtet sich, gefährliche Verbrecher, die von den Nazis freigelassen worden sind, zu verhaften, weil sie nicht weiß, wo sie untergebracht werden können. Die deutsche Polizei wird nur auf der einen Seite der Linie respektiert, aber nicht auf der anderen; zuweilen werden [dort die] Beamten auf dem Heimweg vom Dienst verhaftet. Die G-5s der Divisionen arbeiten zwar ganz gut zusammen; aber die Divisionskommandeure sind eifersüchtig aufeinander. Müllabfuhr angeordnet, gestoppt, dann wieder angeordnet. Von Uerdingen kommen Flüchtlinge nach Krefeld herein<sup>40</sup>. Der kommandierende General unserer Division ruft den Senior Military Government Officer, sagt ihm, die Leute wissen nicht, wo sie hingehen sollen, er wünsche, daß sie nicht länger in sein Gebiet gelassen werden sollen; der SMGO [Leiter des MG-Stabes] klärt ihn auf. Dann erlaubt er es. Deutsche Polizei hat keine Autorität. Schwierigkeit, Wachen für Gebäude und für 14 verschiedene Einheiten zu bekommen; deshalb Transportproblem für den Offizier für öffentliche Sicherheit; den größten Teil seiner Zeit versucht er, Transportmittel zu bekommen. Es gibt noch immer keinen Polizeichef. Zwei CIC<sup>41</sup>-Einheiten, je eine für jede Division, arbeiten in verschiedenen Teilen der Stadt (die CIC-Einheit des Korps hat keine wirkliche Macht) und können nicht kooperieren, weil die Stadt in zwei Einheiten aufgeteilt ist. Sie müssen die Zustimmung beider Divisionen bekommen, bevor irgendetwas Wichtiges getan werden kann. Ein anderes Beispiel: Pässe für Leute, die wieder in Häuser, die sie evakuiert haben, hineinkommen wollen, um etwas zu holen; in der 84. Division werden Passierscheine von 9 bis 9.30 und 4 bis 4.30 [ausgegeben]; aber bei der 102. hielten sie Passierscheine für sinnlos und überließen die Sache den Wachen, denen gesagt wurde, sie sollten einsichtig sein. In der Theorie gibt es eine einzige Besatzungsmacht, die Wachen für die ganze Stadt stellt und für eine einheitliche Politik verantwortlich ist. Jetzt aber erlaubt die eine Seite den Leuten, mit Fahrrädern zu fahren, während die andere sie verhaftet, wenn sie damit die Grenze überschreiten.

Dr. Schacht – Beigeordneter für die Stadtwerke<sup>42</sup> – sagte, daß fast alle Industriellen der linken Rheinseite in der Nachbarschaft sich dafür entschieden haben, dazubleiben, einige seien angewiesen worden, dazubleiben<sup>43</sup>. Fast alle hätten keine Sympathie mehr für die Nazis. Hielt sie für die einzig denkenden Menschen, weil Geschäftsleute denken *müssen*. Was sie über das hinaus, was sie von ihren Fabriken retten könnten, dachten, war nicht

<sup>39</sup> Zur Besetzung vgl. Hans Müller: Die Kämpfe um Krefeld und Uerdingen, 2.–5. 3. 1945, in: Die Heimat 33 (1962), S. 79 ff.

<sup>40</sup> Am Rhein entlang war die Zivilbevölkerung evakuiert worden, um sie vor deutschem Beschuß vom rechten Ufer aus zu schützen und den amerikanischen Aufmarsch zu erleichtern (Notizen Dorns von einer Fahrt durch die Rheinvororte). Vgl. auch Hans Müller: Die Rolle Uerdingens beim Rheinübergang der Alliierten im März 1945, in: Die Heimat 35 (1964), S. 117 ff.

<sup>41</sup> Counter Intelligence Corps, Spezialeinheiten zur militärischen ‚Abwehr‘.

<sup>42</sup> Vgl. Anm. 35.

<sup>43</sup> D. h. nicht vor der Sprengung über die Krefelder Rheinbrücke auf rechtsrheinisches Gebiet auszuweichen.

klar. Sie hofften, ihre Konsumgüterindustrie und Krefelds Seidenindustrie zu retten. [...] Beim Wechsel der Abteilungen [der Militärregierung geben die abrückenden] wesentliche Dokumente nicht an ihre Nachfolger ab. Ein Offizier, der in fünf Abteilungen gewesen war, mußte immer hinter seinen Vorgängern herjagen, um die Fragebogen zu erhalten. Sie sollen die Dokumente von örtlicher Bedeutung zwar weitergeben, aber sie tun es nicht. Im Ergebnis muß jede Abteilung wieder ganz von vorne beginnen und weiß nicht, welche Verpflichtungen eingegangen worden sind, wie die Leute ernannt wurden, wer abgelehnt wurde und warum – dies sei eine der größten Schwierigkeiten. CIC kontrolliert in der Praxis die Entlassungen in Krefeld; es gibt keine Sonderabteilung (Special Branch). Die Fragebogen werden einfach an CIC geschickt (zwei Stäbe bei der 84. und der 102. [Division]), nach deren Empfehlungen wird gehandelt<sup>44</sup>. Der schwarze Peter wird dem CIC zugeschoben, niemand will etwas gegen den CIC tun. So hat der CIC in allem das letzte Wort. Dabei wird so vorgegangen: CIC bildet aus beiden Stäben drei Teams, die, da es in Krefeld keine Akten gibt (bzw. sie nichts davon wissen), eine bestimmte Reihe von Leuten interviewen, wobei kein Team irgendetwas von den anderen Befragungen weiß. Wenn Übereinstimmung herrscht, wird das Urteil akzeptiert. Eine sehr grobe Überprüfung. [...]

Hauptmann Fried im G-5 der 84. Division

Die taktischen Kommandeure neigen dazu, auf die Militärregierungsoffiziere die ganze Verantwortung für die Zivilbevölkerung abzuschieben, obwohl diese vielleicht noch wichtiger ist als die Kriegsgefangenen. Wenig Verständnis für die Direktiven der Militärregierung, keine Kenntnis des Handbuchs<sup>45</sup>. Problem der Wachen. Die meisten MG-Abteilungen müssen selbst für Wachen sorgen. Die 84. hat den Einfall gehabt, einen Zug pro Regiment zum Wachdienst abzustellen. Qualitätsunterschiede der Abteilungsleiter [der MG]. Captain Morris in Homburg leistet gute Arbeit. (Hat einen 500 Yards breiten Streifen am Rhein evakuiert<sup>46</sup>.) Die Militärregierung ist zum Teil unter der Verantwortung der taktischen Kommandeure, und nichts ist getan worden, sie in den Aufgaben der Militärregierung oder in den Direktiven, an die sie gebunden sind, auszubilden; sie geben gegenteilige Befehle; dieses Problem wird sich noch verschärfen, wenn wir in das Gebiet jenseits des Rheins vorrücken.

Dr. Stepkes Krefeld: vom linken Flügel des alten Zentrums, verlor sein Bürgermeisteramt in Kleve, als er sich 1933 weigerte, der Naziartei beizutreten<sup>47</sup>. Allgemein guter Ruf in Krefeld, aber wie den meisten Deutschen kann man auch ihm nicht völlig vertrauen – versteht sich gut auf die ‚Beschönigung‘ der Leute, die sich mit dem [NS-]Regime arrangiert hatten und die er in der Stadtverwaltung verwendet – Dr. Schacht, Dr. Spliethoff, den Mann vom Arbeitsamt. Er sagte, die Arbeitgeber und die Arbeiter seien darin einig, daß sie auf der Grundlage der Gleichberechtigung verfahren müßten, um die Industrie anzukurbeln. Die Arbeitgeber würden von einem Kaufmann, einem Margarinefabrikanten und einem sozialdemokratischen Gewerkschaftler vertreten.

Arbeitskräfte in Krefeld.

Bis heute, 21. März, hat es kaum eine organisierte Anforderung von Arbeitskräften durch die Armee gegeben. Die Armee beschäftigt vielleicht 200 Arbeiter für die Eisenbahn etc. Diese erhielt man nicht über das Arbeitsamt, sondern indem man in die Eisenbahnwerk-

<sup>44</sup> Nach der Planung im „SHAEP Public Safety Manual of Procedures, Military Government for Germany“ war CIC an sich nur für Verhaftungen im Rahmen des ‚Automatic Arrest‘ etc. zuständig, während die politische Überprüfung an Hand von Fragebogen in den Special Branches der Abt. für öffentliche Sicherheit der MG zentralisiert werden sollte.

<sup>45</sup> Gemeint ist „SHAEP German Country Unit: Handbook of Military Government for Germany Prior to Defeat or Surrender“ vom 15. 8. 1944, 2. [bereinigte] Aufl. vom Dezember 1944.

<sup>46</sup> Vgl. Anm. 40.

<sup>47</sup> Vgl. Johannes Stepkes: Kleve 1932–1933, Kleve 1961.

stätten ging und die Vorarbeiter aufforderte, die notwendigen Arbeiter zusammenzubringen. Die einen bekam man hier und die anderen dort, aber es gab keine organisierte großangelegte Anforderung an das Arbeitsamt. Die Fabriken (Stahl und Seide) sind noch nicht wieder geöffnet worden, und die Frage der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft wird jetzt erst diskutiert; sie ist ohne Zweifel am wichtigsten in dem rein landwirtschaftlichen Gebiet um Willich im Süden. Bürgermeister Stepkes hat vier der sozialdemokratischen Führer zusammengerufen, um mit den Industriellen die Bezahlung seit dem 1. März überfälliger Löhne und eine Vereinbarung über die Weiterzahlung der Löhne in einigen Industrien während der gegenwärtigen Periode zu diskutieren. Das Ergebnis dieser Konferenz werden wir morgen kennenlernen: Morgen diskutieren wir über die Wiederbelebung der Gewerkschaften, über Lohnstufen, Betriebsräte und Arbeitgeberverbände<sup>48</sup>.

Gespräch mit Dr. [Matthias] Spliethoff am Nachmittag des 21. März. Sagte, er sei seit 1934 Pg., aber ungeachtet dieser Tatsache von 1934 bis 1937 strafversetzt gewesen. Aber danach muß er den Nazis gefallen haben, denn 1937 wurde er zum Leiter des Arbeitsamts in Krefeld ernannt und ist es bis jetzt geblieben. Kurz vor dem Rückzug der Nazis wurde ihm befohlen, die Kartei zu verbrennen oder mitzunehmen und selbst über den Rhein ins deutsche Gebiet zu gehen. Er entschloß sich aber zu bleiben und weigerte sich, die Kartei zu zerstören. Ließ sie vielmehr in seinem Amt und blieb unbehelligt. Dann vergrub er sie im Garten hinter dem Arbeitsamt in Willich. Wußte nicht, was mit den Karteien in Kempen und Uerdingen geschehen sei. Er behauptete, er sei von der Partei verdächtigt worden, weshalb man ihm einen SS-Mann beigegeben habe, der über ihn berichten sollte; die Nazis hätten aber trotz seines schlechten Rufes bei ihnen nicht ohne ihn, den „Fachmann“, auskommen können. Die disziplinarische Gewalt des Beauftragten des Treuhänders der Arbeit über Arbeiter stellte er als sehr gering dar: Er habe einem zuwiderhandelnden Arbeiter nur Geldstrafen bis zu 200 Mark auferlegen können. Beharrte darauf, daß das Arbeitsamt die Arbeitskräfte nicht heimlich überwacht, vielmehr nur die offensichtlichsten Fälle übernommen habe, während die Gestapo hauptsächlich den Terror auf Arbeitskräfte ausgeübt habe. Die DAF-Rechtsberatungsstellen seien häufig (ja, zum größten Teil) von den Arbeitgebern benutzt worden, und die Arbeiter hätten unmittelbaren Zugang zu den Arbeitsgerichten gehabt. Er gestand zu, es sei schwierig, aus dem NS-Arbeitsrecht das Gift zu säubern; das könne nur durch die Rückkehr zum Arbeitsrecht der Weimarer Republik, zu Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, zu Tarifverhandlungen, Streiks und Betriebsräten geschehen. Das alles werde in Krefeld keine großen Schwierigkeiten machen, wo er seine Tätigkeit im Arbeitsamt jetzt fortsetzen zu können hoffe, statt unter dem Reich, nun eben unter Bürgermeister Stepkes.

Meinte, die Alliierten würden auf dem rechten Rheinufer auf größeren Widerstand stoßen, denn auf dem linken hätten die Nazis ja ohnehin nie tiefe Wurzeln geschlagen. Die Nazis würden sehr hart um die Ruhr kämpfen und sich dann schrittweise in die „Festung“ Tschechoslowakei, Österreich und Bayern etc. zurückziehen. Er behauptete, die Mehrheit der rheinischen Industriellen seien keine Nazis gewesen, aber es habe einige Nazis unter ihnen gegeben. Obwohl er noch Parteimitglied war, betrachtete er auch sich selbst nicht als Nazi und lehnte die Verbrechen der SS und der Nazis in Rußland und anderswo sehr heftig ab. In Wirklichkeit seien die Nazis harmlos, die üblen Burschen seien die SS-Leute. Schließlich seien die meisten Beamten nur Parteimitglieder geworden, weil sie es mußten. Er meinte, daß bei einer Herabsetzung der Löhne – die Arbeiter in der Metallindustrie seien überbezahlt, die Seidenarbeiter o. k. – die Gefahr drohe, daß die deutschen Arbeiter kommunistisch würden. Kommunismus sei eine wirkliche Gefahr. CIC lehnte Spliethoff zu Recht ab.

[Konferenz über Löhne]

Plan für die Finanzierung der Zahlungen für Fürsorge- und Arbeitslosenunterstützung

<sup>48</sup> S. u. Konferenz über Löhne.

von der Handelskammer (Engländer)<sup>49</sup>. Was wird vorgeschlagen? Arbeiter sollen bis zum März Lohn erhalten; ab 14. März bekommen sie dann sog. ‚Notunterstützung‘. Zu viel Geld? Viele sind verschuldet. Nicht zu viel Geld. Industrie zahlt vom 2. bis zum 13. März. Behalten dafür die Reichssteuern ein. Engländer sagt, die Stadt werde Wohlfahrtsunterstützung zahlen. Die Stadt hat  $\frac{2}{3}$  der Löhne versprochen, ist aber noch nicht entschieden. Industrie stimmt zu, für zehn Tage Tariflöhne ohne Prämien zu bezahlen. Handelskammer schlägt Ausbesserungsarbeiten vor. Vom 14. ab nur noch Arbeitslosen[unterstützung]. Schätzung: pro Woche müssen 25 000 bezahlt werden. Dann gebe es noch die Frage, ob man Arbeitslosen- oder Fürsorge-[Unterstützung] bezahle. Arbeitslose: 80 Mark im Monat; Fürsorge 60 bis 80 Mark<sup>50</sup>. [...]

#### I. 4 Das Nationalkomitee Freies Deutschland in Leipzig und seine Auflösung

Schon im Sommer 1943 hatte sich in Leipzig – in heftigen Auseinandersetzungen mit den führenden sächsischen Kommunisten, die ihren Widerstand unter der Perspektive einer proletarischen Revolution (notfalls auch gegen die Amerikaner) verstanden – der Kern eines Nationalkomitees Freies Deutschland unter der Devise „Totaler Krieg, totaler Friede“ gebildet. Nach der Verhaftung der Traditionalisten 1944 setzte sich die an die Moskauer Exilführung angepaßte Richtung in der illegalen KP durch und gewann gegen Ende des Krieges Mitarbeiter auch aus den Mittelschichten, unter ehemaligen Linkssozialisten und in den Zwangsarbeiterlagern<sup>51</sup>. Sie bildete Zellen in den Stadtteilen und bemühte sich, durch Handzettelpropaganda („Frieden, Freiheit, Brot“) eine kampfbefähigte Übergabe Leipzigs zu erreichen. Bei der Einnahme durch die 9. US-Armee wurden vielfach weiße Fahnen gezeigt. Das NKFD wollte mit den Amerikanern zusammenarbeiten und entfaltete nun für kurze Zeit eine lebhafte Aktivität, schlug einen Bürgermeisterkandidaten vor, besetzte die NSDAP- und DAF-Geschäftsstellen und wandelte sie in Büros des NKFD um, begann mit Säuberungsmaßnahmen und stellte eine Art Hilfspolizei auf. Man wollte eine Zeitung herausbringen, eine Einheitsgewerkschaft gründen, offenbar auch an die Vorbereitung einer proletarischen Einheitspartei gehen<sup>52</sup>. Eine Gruppe ehemals führender Sozialdemokraten trat diesen

<sup>49</sup> An dieser Konferenz nahmen teil: Oberbürgermeister Stepkes, Stadtkämmerer Paul Witten, Industrie- und Handelskammerpräsident Ernst Engländer sowie die städt. Beamten Hans Wimes, Rohr und Spliethoff; vom MG Wallace und Garland. Vgl. auch Industrie- und Handelskammer zu Krefeld, a. a. O., S. 90 f.

<sup>50</sup> Aus den restlichen Notizen Dorns geht hervor, daß in Krefeld 15 000 Personen noch arbeiteten, bei einem durchschnittlichen Monatsverdienst von RM 200. Die Notunterstützung lag also wesentlich tiefer als Arbeitslosen- oder Fürsorgeunterstützung (66 bzw. 60% des regulären Lohnes).

<sup>51</sup> Zur Herausbildung des NKFD Leipzig vgl. Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe, Berlin (Ost) 1960; Erich Köhn: Der Weg zur Gründung des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ in Leipzig, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 13 (1965), S. 18 ff.; die Zusammenstellung von Erinnerungsmanuskripten und Dokumenten Erich Haase (Hrsg.): Widerstandsgruppen Nationalkomitee Freies Deutschland Leipzig, MS 206 S. ca. 1949, S. 198 ff. (Programm des NKFD S. 72); Alfred Nothnagel: Der Weg zur Einheit im Bezirk Leipzig 1945–1946, MS, S. 7 ff. (beide im Dimitrov-Museum, Leipzig); Günther Krüger/Karl Urban: Zur Herausbildung und Rolle der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in Leipzig (April–Oktober 1945), Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig Nr. 4, hekt., Stadtarchiv Leipzig 1964, S. 1–6; Horst Duhnke: Die KPD von 1933–1945, Köln 1972, S. 490 ff., 510 ff.

<sup>52</sup> Zur Geschichte des NKFD unter amerikanischer Besatzung vgl. Krüger/Urban, a. a. O., S. 6 ff.; Edgar Böttcher: Der Kampf des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ rettet Leipzig am Ende des Zweiten Weltkrieges vor der Zerstörung, Leipzig 1965; Günther Krüger: Zweierlei Besatzungspolitik in Leipzig (April bis September 1945), in: Beiträge zur Zeitgeschichte (1960), S. 104 f.; Gerhard Hering: Der Neuaufbau einheitlicher Gewerkschaften 1945 in Leipzig, Leipzig 1965, S. 9. Nothnagel, der über die SAP 1935 zur KP kam, längere Zeit inhaftiert war, aktiv an der Vorbereitung des NKFD teilnahm, zusammen mit Ley verhaftet und zum Tod verurteilt wurde, aber entkam, gelangte im Mai wieder nach Leipzig. Als die Berliner Partei-

Bestrebungen jedoch entgegen und bildete, wohl nicht zuletzt als Alternative zum NKFD, bei der Stadtverwaltung einen „Sozialpolitischen Ausschuß“, der eine Art Arbeitsgemeinschaft von Unternehmern und sozialdemokratischen und Gewerkschaftsfunktionären darstellte. Die Militärregierung unter Major Eaton berief nach kurzer Suche einen Leipziger Rechtsanwalt, der keiner Partei angehört hatte, als Oberbürgermeister und behielt Teile der Verwaltung bei; der sozialdemokratische Polizeipräsident von vor 1933 wurde wieder eingesetzt, konnte sich jedoch in seinem kaum gesäuberten Apparat nicht durchsetzen. Der Oberbürgermeister berief sich einen beratenden Ausschuß, in dem die Vertreter der großen Leipziger Handelshäuser dominierten, und holte überwiegend bürgerliche „Fachleute“ ins Rathaus<sup>53</sup>. Als das NKFD eine Demonstration zum 1. Mai unter Beteiligung ausländischer ehemaliger Zwangsarbeiter ankündigte, wurde es von der Besatzungsmacht aufgelöst. Damit war der Versuch, eine breite politische Bewegung in Leipzig zu organisieren, gescheitert. Die führenden Vertreter arbeiteten nun z. T. an der Gewerkschaftsgründung, z. T. in einem „Antinazi-Beratungskomitee“<sup>54</sup>, das nach der Ankunft von etwa hundert KZ-Häftlingen aus Buchenwald mit offizieller Duldung als Ersatzorganisation entstand. Die Stadtverwaltung war bereits zuvor nach Angriffen des NKFD und wohl auch nach dem mäßigen Eingreifen Dorns durch stärkere Berücksichtigung von Vertretern der Arbeiterbewegung umgebildet worden. Fritz Selbmann (KPD) schrieb vergeblich einen langen Brief an Eisenhower, in dem er sich über die Behandlung des NKFD beschwerte: „Geben Sie den Leipziger Antifaschisten eine Chance“<sup>55</sup>. Nach der Ablösung der amerikanischen durch die sowjetische Besatzungsmacht im Juli wurden die bisherigen leitenden Persönlichkeiten der Stadtverwaltung durch einen linken Sozialdemokraten als Oberbürgermeister und führende Funktionäre des NKFD ersetzt, der sozialpolitische Ausschuß aufgelöst. Schon Ende Mai – also noch vor den entsprechenden Vorgängen in Berlin – begannen hier die Vorbereitungen für einen Antifa-Block der Parteien und die Gründung des FDGB<sup>56</sup>, wohl nicht zuletzt als Folge der Vorarbeit des NKFD.

[Notizen, 28. 4. 1945]

Das Nationalkomitee Freies Deutschland sandte am 20. April 1945 durch seinen Sekretär Dr. Hermann Ley einen Brief, unterschrieben auch von den anderen Mitgliedern des Komitees: Kurt Rossberg, Karl Plesse, Paul Kloss, Marthel Gödicke, Bruno Plache, an die Militärregierung. Darin baten sie um Erlaubnis, Geschäftsstellen zu eröffnen, den Nazismus und Rassismus mit Broschüren und Plakaten zu bekämpfen, die Bevölkerung in Schule, Kirche, Presse und Film für die Demokratie vorzubereiten. Sie wollten Kraftfahrzeuge und Personalausweise für die Mitglieder des Komitees und hofften, mit dem CIC zusammenzuarbeiten. Bekamen aber keine Erlaubnis; es wurde ihnen gesagt, sie sollten ihre

---

gründungsauftrufe erschienen, sprach er u. a. mit Roßberg (KPD), Plesse und Zeigner (SPD): „... da war uns gar nicht wohl. Wir wollten wie im Faschismus eine einheitliche Arbeiterpartei auf marxistischer Grundlage, damit nie wieder Reaktion und Faschismus in Deutschland siegen konnte.“ (a. a. O., S. 10)

<sup>53</sup> Günther Krüger: Der Kampf um die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in Leipzig (1945–1948), phil. Diss. MS Leipzig 1958, S. 64 ff.; Krüger/Urban, a. a. O., S. 12 ff. Der Oberbürgermeister Hans Vierling wurde nach Notizen Dorns von einer bürgerlichen Gruppe Konsul Halländer/Baumeister Penser vorgeschlagen. Der Leiter der Militärregierung Maj. Richard Eaton schrieb an Carl J. Friedrich (vgl. dessen ‚The Three Phases of Field Operations in Germany, 1945–1946‘, in: Friedrich und Ass., a. a. O., S. 243): „Theoretically we are supposed to augment our number by requisitioning German help, but it is a slow business to find anti-Nazis, especially when the rules ordain that the government officials who are ‚party‘ men must be removed from office. This I must do myself. I chucked the Oberbürgermeister and Landrat the second day. Have been taking a flier on an acting burgo, and will probably make a choice of a new acting Landrat tomorrow. Most of the department heads are fired, and I am going to pick a few top ones myself to give balance to the new crowd so as to prevent the promotion of a Tammany Hall or cliques of friends of the new burgo. After that is done, I'll let him fill up the vacancies in the more important departments . . .“

<sup>54</sup> Hering, a. a. O., S. 15; Haase (Hrsg.), a. a. O., S. 76 f.

<sup>55</sup> Ebd. S. 175 ff.; Krüger, Enteignung, a. a. O., S. 71 f.

<sup>56</sup> Böttcher, a. a. O., S. 19; Haase (Hrsg.), a. a. O., S. 76.

Organisationen benutzen, um dabei zu helfen, Werwölfe, Gestapobeamte und Wehrmachtssoldaten in Zivilkleidern aufzudecken.

Dr. Ley, Zahnarzt, Internierung. Verurteilt zur Hinrichtung am 12. April 1945, aber geflohen. Intelligent, linker Demokrat, 1911 in Leipzig geboren. Von der Universität Leipzig 1933 wegen Anti-Nazi-Propaganda relegiert. Dr. Ley schlug namens des Komitees als Bürgermeister von Leipzig den 53jährigen Paul Kloss vor, früher Bürgermeister von Knautkleeberg [bei Leipzig]. Führer eines Sportvereins, Stadtrat von Leipzig 1932/33. Vorsitzender des Komitees ist Kurt Rossberg<sup>57</sup>. Dieses Komitee hat am 15. April 1945, während Amerikaner die Stadt einschlossen, in hektografiert Form einen Aufruf an das Volk herausgegeben, den Kampf einzustellen und nicht zum Volkssturm zu gehen<sup>58</sup>. Am 20. April 1945, einen Tag nach der Einrichtung der Militärregierung, 50 000 gedruckte Flugblätter herausgegeben unter dem Titel „Frieden – Freiheit – Brot“<sup>59</sup>. „Nationalkomitee Freies Deutschland, Bezirk Leipzig. Leipzig, 21. April 1945“ – Das ist die Unterschrift unter einem Handzettel mit dem Titel „Katyn“<sup>60</sup>, der die Gestapomorde in Leipzig beschreibt und Namen von solchen erwähnt, die vor dem Einmarsch der Amerikaner ermordet wurden: Reichtagsmitglied G[eorg] Schumann, Landtagsmitglied Georg Schwarz, Thüringisches Landtagsmitglied Otto Engert, Stadtrat Arthur Hoffmann<sup>61</sup>. Dann fügt der Handzettel hinzu: „Meldestellen des NKFD ab heute in allen Stadtteilen in den ehemaligen Naziartei- und Arbeitsfrontgeschäftsstellen“. Die ganze Organisation ist in den Untergrund gegangen, seit Hauptmann Watson ihre Bitte abgeschlagen hat. Ihre Geschäftsstellen sind durchsucht worden, gefunden wurden eine Schrotflinte, eine Büchse und ein altes Schwert, und dazu noch ein Bajonett. [ . . ]

John<sup>62</sup> erzählt, ein Mann namens Grünthal, ein früherer Kommunist, sei die Hauptfigur hinter der Bewegung Freies Deutschland. Fleischer kam hinzu. Beide gingen zu Fleissner, einem alten Sozialdemokraten, der jetzt Polizeipräsident in der neuen Stadtverwaltung ist, und baten ihn, Bürgermeister zu werden. Dieser wollte wissen, wer hinter ihnen stehe; sie mußten zugeben, sehr wenige, und so lehnte er ab. Fleissners Standpunkt war, die Untergrundbewegung sei zu beenden, er werde von nun an legal arbeiten. Grünthal scheint

<sup>57</sup> Ley trat 1946 der SED bei und wurde später u. a. Professor für Marxismus-Leninismus an der TH Dresden. Roßberg (KPD seit 1923) war Maschinenschlosser und Redakteur der KP-Partei-presse gewesen.

<sup>58</sup> Beispiele solcher Flugblätter vom 14. u. 16. 4. 1945 bei Böttcher, a. a. O., S. 12, S. 29 f.

<sup>59</sup> Zwei Beispiele vom 18. 4. 1945 unter diesem Titel, ebd. S. 31 f.

<sup>60</sup> Abgedr. ebd. S. 35.

<sup>61</sup> Es handelt sich um eine Gruppe des KP- und NKFD-Widerstands, die im frühen Juli 1944 von der Gestapo verhaftet, vom Volksgerichtshof Dresden zum Tode verurteilt und am 12. 1. 1945 in Dresden hingerichtet worden war. Angaben über alle Beteiligten bei Krause, a. a. O., S. 83 ff. Die hier genannten KP-Funktionäre hatten alle schon vor dem Krieg in Zuchthäusern und KZ's gesessen; ihrer Standhaftigkeit gegenüber der Gestapo verdankt die Rest-NKFD ihren Weiterbestand. Schumann (geb. 1886), 1905 SPD, 1919 KPD, Redakteur bei der Parteipresse und KP-Gewerkschaftsspitzenfunktionär, 1928 MdR. Schwartz (geb. 1896), über SPD und USPD 1920 KPD, Unterbezirkssekretär, 1928 MdL in Sachsen. Engert (geb. 1895), 1913 SPD, 1920–1929 und wieder im Krieg KPD, Redakteur der Parteipresse und Unterbezirksleiter, Bürgermeister einer Kleinstadt. Hoffmann (geb. 1900), 1920 KPD, Unterbezirksleiter.

<sup>62</sup> Die folgenden Angaben von „John“ sind sehr unwahrscheinlich, weil in den Quellen zum Leipziger NKFD die genannten Namen nicht auftreten. Bei dem Informanten handelt es sich offenbar um den späteren SPD-MdB und Vorsitzenden der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands Hans Jahn, der als Funktionär des Internationalen Transportarbeiterverbands und OSS-Mitarbeiter von den Amerikanern aus der englischen Gewerkschaftsemigration mitgebracht worden war und in Leipzig, später in allen Zonen eingesetzt wurde, um eine kommunistische Vorherrschaft in den Gewerkschaften zu verhindern. Vgl. Foreign Relations of the United States, 1945, Bd. III, S. 1044 f., 1061 f. In Leipzig versuchte er mit Erich Schilling, den ADGB wieder aufzubauen, und regte die Bildung des „sozialpolitischen Ausschusses“ an, aus dem die SPD-Bezirksleitung unter Führung des antikommunistischen Flügels hervorging.

diesen Dr. Ley, Rossberg und andere gefunden zu haben, die sich selbst das Komitee nannten. John sagt, es habe weder einen Untergrund noch ein deutsches Komitee vor der Besetzung durch die Amerikaner gegeben, es sei erst einige Tage danach entstanden. Sie besetzten die Geschäftsstellen der Nazi-Partei und die Geschäftsstellen der DAF, hängten ihre Plakate auf, die die Leute aufforderten, dem NKFD beizutreten und Mitglied zu werden. Sie streuten Gerüchte aus, daß der Bürgermeister, der gerade von der Militärregierung ernannt worden war, entlassen würde und daß einer von ihren Leuten an die Macht käme<sup>63</sup>.

Punkt 1: Johns Erzählung, daß das NKFD vor dem amerikanischen Einmarsch nicht bestand, scheint nicht mit den Tatsachen übereinzustimmen, wenigstens was [den Stadtteil] Wiederitzsch betrifft. Dort wurde einige Tage vor dem amerikanischen Einmarsch eine solche Gruppe gebildet, um die Leute aus dem Volkssturm herauszuhalten, und zwar mit Erfolg.

Sie wollten auch hinter dem Werwolf her sein; dabei waren sie aber nicht so erfolgreich, wenn sie auch einige Leute aufgespürt haben wollen, die ihre Waffen nicht abgeliefert hatten. Aber sie beanspruchten, mit Erfolg jeden wirklichen Widerstand gegen den amerikanischen Einmarsch von seiten des Volkes in Wiederitzsch verhindert zu haben. Jetzt scheint es einige Verwirrung unter den Führern des Komitees in Wiederitzsch zu geben: Werden die Russen kommen? Werden die Amerikaner bleiben? Wenn ja, werden sie das Freie Deutsche Komitee akzeptieren? Wenn sie bleiben, sollte das Hauptgewicht darauf gelegt werden, angesehene Leute in die Organisation zu bekommen, Doktoren, Rechtsanwälte etc. Darum scheint man sich jetzt in Wiederitzsch zu bemühen. Sie beanspruchten, die ausdrückliche Unterstützung von 25% der Bevölkerung in Wiederitzsch zu besitzen, und das Gleiche gelte auch für den ganzen Raum Leipzig. Der alte Höflitz gab an, sie träfen sich in Privathäusern in Leipzig, und zwar in seinem Gebiet jeden Tag, und es gebe mindestens 25 000 Mitglieder oder Anhänger des Komitees in ganz Leipzig. Von einiger Bedeutung ist die Bemerkung Johns, die Bewegung sei *kopflos*, und Grünthal suche einfach nach einem Führer. Einer Erklärung bedarf, daß er nach Fleissners Weigerung jemanden wie Dr. Ley und andere auswählte, die nach dem Verbot der Bewegung ungeachtet der Proklamationen der Militärregierung fortfuhren<sup>64</sup>. [...]

<sup>63</sup> Vgl. Krüger/Urban, a. a. O., S. 13 für Auszüge aus dem NKFD-Flugblatt „Was denkt Ihr über Herrn Bürgermeister Dr. Vierling?“, worin dem Oberbürgermeister vorgeworfen wurde, er habe dem Stahlhelm angehört, hole seine alten Kameraden ins Rathaus, versäume die Säuberung der Verwaltung und diskriminiere die Antifaschisten. Die Stadtverwaltung verteidigte sich mit dem Hinweis, daß ca. 20% der städtischen Beamten und ca. 10% der städtischen Angestellten entlassen worden seien. In Zukunft müsse jedoch langsamer gesäubert werden, da die Leistungsfähigkeit der Verwaltung sonst leide und Seuchengefahr drohe. Zunächst sollten ‚Alte Kämpfer‘, SS-Führer und hauptamtliche Parteifunktionäre entlassen werden. Vgl. Hans Weise: Fragen der Personalpolitik, in: Amtliches Nachrichtenblatt der Behörden der Stadt Leipzig und des Landrates des Kreises Leipzig, Nr. 10 vom 4. 7. 1945, S. 1.

<sup>64</sup> Hier folgt ein längeres Referat einer Arbeitsanweisung Nr. 2 des NKFD Leipzig vom 24. April 1945, die u. W. sonst nicht überliefert ist (im Original Teile des Textes in deutsch): „[1.] Täglicher Kurier geht von jeder örtlichen Einheit zur Bezirksstelle. Sie sagen, wir sind weder eine Organisation noch eine Partei, sondern eine antifaschistische Massenbewegung. Sie nehmen jeden gerne auf, der willens ist, gegen Faschismus und Krieg zu kämpfen. Nur die Mitglieder der NSDAP, der SA, SS etc. sind ausgeschlossen. [2.] Sie arbeiten mit Besatzungsbehörden, Militärregierung, Militärpolizei, CIC zusammen und gehorchen allen ihren Anordnungen, respektieren alle ihre Gesetze. [3.] Sie besetzen alle Gebäude der NSDAP und ihrer Gliederungen und stellen diese als Volkeigentum sicher. Sie benützen nur die notwendigen Gebäude und schützen den Inhalt. Bestandsaufnahme ist durchzuführen. [4.] Nazi-Waffen werden oft in Gebäuden gefunden. Sie müssen sichergestellt, registriert und uns zur Weiterleitung an die Militärpolizei (CIC) [übergeben werden]. Dies muß schriftlich geschehen. Dasselbe gilt für Waffen in Privathäusern von Nazis. Das NKFD ist unbewaffnet. Kein Mitglied trägt Waffen. [5.] NKFD nimmt keine Verhaftungen vor. Wenn eine Verhaftung notwendig ist, um die

Freies Deutschland. Samstag, 28. April.

In Leipzig 38 Ortsausschüsse, 4500 Mitglieder, die ihren Willen zur Mitarbeit bekundeten. Schätzung, daß es in Leipzig 150 000 [Anhänger gibt], die nicht aktiv sind. Landkreis: 10 Ortsausschüsse. Wenige Tausend [Anhänger]. Seit 28. April betrachtet sich das Komitee als aufgelöst. Die Anfänge in Leipzig [lägen im] Frühjahr 43, Gruppe von Antifaschisten [verteilte] Materialien. Guter Erfolg, Gestapo machte Verhaftungen. Zeitung „Der Widerstand“, Organ des NKFD Leipzig. Verbindungen nach Berlin, Dresden, Chemnitz, Land Thüringen 43. Kleine illegale Kader. Januar 44 verhaftete Gestapo 100 N[K]FD in Leipzig, 15 Todesurteile, 12 vollstreckt. Schellenberger und Giezelt entkamen. August 44 wurden Rossberg und Plesse wegen „Freier Deutschland“-Tätigkeit verhaftet. Gestapo. Entkamen. Am 9. März wurde Plesse, am 12. April Rossberg zu Lindemann gebracht. 50 von der Gestapo erschossen, darunter einige Leute des „Freien Deutschland“<sup>65</sup>. Ganz eigenständiges, selbstkonstituiertes Komitee, das am 1. Mai 1945 auf eine demokratische Grundlage gestellt werden sollte. Freies Deutschland Komitee Leipzig beansprucht, vor dem amerikanischen Einmarsch am 17. April 4000 [Mitarbeiter] stark gewesen zu sein; die amerikanische Militärregierung unter Major Eaton kam am 18. April an. [Die führenden Leute des NKFD] waren der Ansicht, daß dieses Gebiet später von den Russen

---

Flucht eines aktiven Nazis oder ein Verbrechen zu verhindern, verhaften und übergeben wir die Person der Militärpolizei (aber nicht der Stadtpolizei). Jeden aktiven Nazi vom Ortsgruppenleiter aufwärts, Werwolf-Faschisten und jeden in der SS vom Untersturmführer und in der HJ vom Hauptgefolgschaftsführer aufwärts. Sie haben auch eine Braunliste 1. Jede Verhaftung muß ‚unserer Abwehrabteilung‘ gemeldet werden. [6.] Beschlagnahme der Nahrungsmittelvorräte. Wenn größere Vorräte von Nahrungsmitteln gefunden werden, muß der Militärregierung davon berichtet werden. Die Beschlagnahme hat mit antifaschistischen Geschäftsleuten zu geschehen. Bei der Verteilung sollen Opfer des Faschismus und der Bombardierung besonders bedacht werden. [7.] Überall, wo möglich, sind Orts- und Betriebsausschüsse des NKFD ins Leben zu rufen. Jeder Stadtteil muß mehr als ein Komitee haben. Diese Komitees müssen täglich vergrößert werden. Jedes neue örtliche Komitee muß gemeldet werden. Zusammensetzung der örtlichen Komitees: Leitung [sowie Abteilungen für] Organisation, Werbung, Abwehr. Zur Leitung gehört eine ‚Personalabteilung‘, zur Organisation ein ‚Mitgliedertab‘, dann die ‚technische Abteilung‘ und die Kasse. Zur Werbung gehören die ‚Aufklärung‘, die ‚Berichterstattung‘ und die ‚Materialverteilung‘; ‚Abwehrdienst‘ gegen eingedrungene Nazis und Provokateure, der die Braunlisten 1 und 2 herausgebracht hat. Dann soll es eine ‚Produktionsabteilung‘ für Fabriken und Geschäftsleute geben. Daneben muß es eine verantwortliche Verbindungsstelle mit den Fremdarbeitern geben und einen Mann für Verpflegung (Plünderer). [8.] Die Basis der Komitees muß erweitert werden, es müssen Intellektuelle aller Art wie Ärzte, Künstler, Geschäftsleute, Händler, Mittelständler etc. aufgenommen werden. Leute mit Kenntnissen für die Stadtverwaltung sollen auf die weiße Liste gesetzt und uns angezeigt werden. [9.] Am 1. Mai 1945 Sondersitzung aller Komitees. [10.] Keine Mitgliedsbeiträge, keine Mitgliedskarten, keine Mitglieder, wir haben nur Mitarbeiter. Finanzierung geschieht durch freiwillige Spenden, jeweils am 1., 10., 20. [eines Monats]. Das örtliche Komitee gibt 50% des einlaufenden Geldes an die Bezirksstelle. [11.] Veröffentlichung einer Tageszeitung ‚Freies Deutschland‘, vorbehaltlich Verhandlungen mit der Militärregierung. Einstweilen müssen wir uns mit einem Funk- und Pressedienst begnügen. Die Publikation gedruckten Materials unterliegt [der Genehmigung] der Militärregierung, Handzettel dürfen sich nicht gegen die Militärregierung wenden. [12.] Berichterstattung: Jede Handlung muß dem NKFD mitgeteilt werden. Wir brauchen das für unseren Informationsdienst und damit die Erfahrungen im Umgang mit örtlichen Komitees weitergegeben werden können. [13.] Während das NKFD eine breite Volksfront ist, soll es für die Arbeiter eine einzige nationale Gewerkschaft geben. ‚Wir fordern die Einheitsgewerkschaft, die Wahl von Betriebsräten‘ für die Friedensproduktion unter antifaschistischer Kontrolle. [14.] Entfernung aller faschistischer Symbole der NSDAP von Schulen, öffentlichen Gebäuden, Häusern, Straßen. Straßennamen auswechseln. Jeder Ortsausschuß muß bis zum 1. Mai 1945 Verbindung mit einer Landgemeinde haben. In jedem Ortskomitee müssen Vertreter der Fremdarbeiter sein. [. . .]“

<sup>65</sup> Vgl. Anm. 51 u. 61. Ein Exemplar von „Der Widerstand“ bei Krause, a. a. O., S. 133 ff.

besetzt würde, stellten einen Kandidaten für den Oberbürgermeister von Leipzig, der vorher Bürgermeister einer Kleinstadt gewesen war. Setzten ihre Proklamationen neben die der amerikanischen Militärregierung (waren in 18 oder 19 Leipziger Stadtteilen organisiert). Beanspruchten, Teil einer allgemeinen Bewegung in Mittel- und Ostdeutschland zu sein, gaben jedoch bei genauerem Nachfragen zu, daß sie nur lokal verankert seien. Hier in Leipzig haben sie die Unterstützung der örtlichen Militärregierungsabteilung nicht erhalten und deshalb versucht, deren Autorität zu untergraben. Unverhohlene Feindschaft gegen die amerikanische Militärregierung, die ihren Direktiven gemäß jede politische Aktivität gestoppt hat. Sie hatten Sitzungen abgehalten und diese wurden verboten. (Russische DPs – 5000 [Mann] stark, Pläne, den 1. Mai zu feiern. Morgen: politische Betätigung unter den DPs)

[Erinnerungen]

[Leipzig] war charakteristisch für die extreme Schwierigkeit, Militärregierungsoffiziere für die tatsächlich anstehende Aufgabe auszubilden. Ich gebrauche dies nur als Illustration. Ich werde keine Bemerkungen über Major E[aton] machen. Es war klar, daß er die Elemente, die er vorfand, nicht richtig einschätzen konnte und nicht richtig einschätzte. Und er hatte einen Offizier für öffentliche Sicherheit, der vor allem anderen daran interessiert war, Ruhe und Ordnung in Leipzig zu bewahren. Nun gab es aber in Leipzig eine antifaschistische Organisation, die, wie ich später erfuhr, etwa 8000–10 000 [Mann] stark war und z. T. von Kommunisten, z. T. von Sozialdemokraten, aber auch von Mitgliedern der Mittelstandsparteien gebildet worden war. Sie war auf keinen Fall kommunistisch beherrscht, denn ich ging herum und sprach mit verschiedenen Mitgliedern dieser Organisation [und erfuhr, was] sie noch vor dem vollständigen Zusammenbruch der Nazi-Partei gehofft hatten: sie hatten einen Plan, die Parteigeschäftsstellen zu besetzen, die wichtigsten Nazis in diesem Gebiet festzunehmen, insbesondere die Nahrungsmittelvorräte zu beschlagnahmen und dafür zu sorgen, daß die Nahrungsmittel, die dürrftig genug waren, nicht von Nazis an Nazis verteilt würden. Unsere Leute kamen aber natürlich in diese Lage mit den Instruktionen, die der Militärregierung damals gegeben worden waren und die einer unabhängigen Aktion Deutscher gegen die Nazi-Partei keinen Raum ließen. Dafür war nur die Militärregierung zuständig. Derweil war die Polizei der Stadt immer noch hundertprozentig Nazi; Major E. hatte aber wenigstens den einen klugen Gedanken gehabt, einen Sozialdemokraten zum Polizeipräsidenten zu ernennen. Ich erinnere mich des Morgens, an dem ich den Polizeipräsidenten zu einer Besprechung über die Lage besuchte. Zu meinem Schrecken nahm er mich zur Seite und sagte: „Bitte sprechen Sie nicht so laut, weil meine ganze Polizei aus Nazis besteht. Ich habe keinerlei Kontrolle über meine Polizei. Ich habe keine Autorität über sie. Ich kann nichts tun. Ich bin absolut ohnmächtig.“ Derweil war jedoch die öffentliche Sicherheit durch gelegentliche Besetzungen von NSDAP-Geschäftsstellen seitens der antifaschistischen Organisation in Frage gestellt worden. Auf den Rat einiger Polizisten hin ließ [der Offizier für öffentliche Sicherheit] auf diese Anti-Nazi-Organisation Jagd machen, ihre Literatur einziehen und warf 350 von ihnen ins Gefängnis. Unter Verwendung der Nazipolizei. Es kostete einige Mühe, dieses kleine Mißverständnis wieder auszubügeln.

## I. 5 Die Bremer Enklave (Erinnerungen)

Bremen wurde am 25. 4. 1945 von der 2. britischen Armee eingenommen. Da es nach den Vereinbarungen der „European Advisory Commission“ als Nachschubhafen der US-Truppen dienen sollte, traf am 26. 4. zur Verwaltung der amerikanischen Enklave innerhalb des britischen Besatzungsgebiets ein US-MG-Detachment E2C2 unter Lt. Col. Bion C. Welker und seinem Stellvertreter Lt. Col. D. W. Meservey ein, denen Dorn als Berater für Regierungsangelegenheiten attachiert

wurde. Ein zweites Detachment G1C2 war für Wesermünde vorbereitet. Am 27. 4. fand eine Zusammenkunft mit dem kommissarischen Bürgermeister Richard Duckwitz und anderen Beamten der Restverwaltung statt, die bis auf weiteres zur Weiterführung ihrer Geschäfte verpflichtet wurden. Der Polizeipräsident, Generalmajor der Polizei und SS-Brigadeführer Johannes Schroers, den die Engländer ihrerseits vom 26. bis 30. 4. 1945 als kommissarischen Bürgermeister eingesetzt hatten, wurde verhaftet; statt seiner wurde – offenbar vom britischen Verbindungsoffizier Lt. Col. Kennedy – Polizeimajor Robert Schloemer (NSDAP seit 1933) als Polizeipräsident eingesetzt. Auf Drängen des in Bremen kommandierenden Maj. Gen. Hakewell-Smith von der 52. brit. Division wurde am 2. 5. Erich Vagts als kommissarischer ‚Regierender Bürgermeister‘ eingesetzt, von dem bekannt war, daß er 1935–45 als Deutschnationaler Senator Bremer Vertreter in Berlin gewesen war; als Freimaurer war er jedoch nicht Mitglied der NSDAP geworden. In der Eile will das MG-Detachment ihn ausgewählt haben, weil er der einzige gewesen sei, der einerseits „in den letzten Jahren im öffentlichen Dienst“, andererseits nicht Pg war und doch „senatorial stature“ hatte. Er schlug alsbald eine Reihe ‚unpolitischer‘ Fachleute als Leiter der städtischen Behörden vor<sup>66</sup>. Mittlerweile hatte Dorn jedoch begonnen, Senatskandidaten zu suchen, die er „einlud oder drängte“, die neue Stadtregierung zu leiten<sup>67</sup>. Es handelte sich insbesondere um Apelt, Nolting-Hauff, Paulmann, Spitta von den Liberalen und Kaisen und Theil von den Sozialdemokraten sowie um Wolters von den Kommunisten, der gleichzeitig einer der Führer der in Bremen besonders stark entwickelten Antifa „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ war. Diese sozialliberale Koalition, die im Laufe der zweiten Maihälfte die Senatorenposten übernahm, entsprach sowohl dem letzten Senat vor 1933 wie Dorns idealer Reformvorstellung. Eine Ablösung Vagts, die auch von der KGF lebhaft gefordert wurde, erfolgte aber erst am 31. 7. 1945. Sein Nachfolger Wilhelm Kaisen gehörte zu den föderalistischen Landespolitikern auf dem rechten Flügel der SPD. Die Enklave durchlief verschiedene Stadien einer britisch-amerikanischen Zwitterkonstruktion, die auf Seiten der Militärregierung zu anhaltenden Organisationsschwierigkeiten führte und vom Bremer Senat solange bekämpft wurde, als sie Bremen von Bremerhaven-Wesermünde abtrennte und nur als Stadt anerkannte. Nach Verhandlungen mit den Briten folgte Clay im Januar 1947 schließlich den Klagen Kaisens: Die Enklave wurde aus dem Gebiet des durch die US-MG angewandten britischen Besatzungsrechts herausgenommen und zu einem Land der US-Zone erhoben.

<sup>66</sup> Functional History of Military Government, 27 April 1945–30 June 1946, Bremen Enclave, Part I, MS (Kopie im IfZ), S. 4 ff., 54 ff. (Zit. S. 57). Die Liste von Bürgermeister Vagts (zur Person vgl. Anm. 71) umfaßte: ORR Philipp Heinrich Behrens (innere Verwaltung), ORR Dr. Reinhard Groscurth (Wirtschaft), Präsident Dr. Bernhard Platz (Häfen und Verkehr), Reg.-Dir. Dr. Heinrich Hanges (Finanzen), Staatsrat Dr. Friedrich Schultz (Ernährung), Oberschulrat Gustav Dehning (Erziehung). Zu Behrens, Schroers und Schultz vgl. Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969.

<sup>67</sup> Ebd. S. 56. Nach einem weiteren Personalschub bestand der Senat schließlich neben Vagts aus zwei Parteilosen (später Bremer Demokratische Volkspartei), fünf ehemaligen Liberalen (später ebenfalls BDV), drei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten, die später zur SPD überwechselten. Für einen Bericht über die erste Begegnung Dorns mit Wilhelm Kaisen vgl. dessen „Meine Arbeit, mein Leben“, München 1967, S. 175 f., 203 f.

<sup>68</sup> Functional History . . . , S. 13 ff. und bes. 26 ff.; vgl. Anm. 81. Da die EAC-Vereinbarung vom 14. 11. 1944 über die Bildung der Enklave wichtige Fragen der Jurisdiktion und Organisation offengelassen hatte, emanzipierte sich die US-MG zunächst von den britischen Truppen und wurde am 2. 5. 1945 der 9. und am 9. 6. der 7. US-Armee unterstellt und am 5. 8. schließlich verselbständigt. Dabei war die räumliche Ausdehnung ihres Zuständigkeitsgebiets den MG-Offizieren selbst unklar, insbesondere ob neben dem Land Bremen, dem Landkreis Wesermarsch (Land Oldenburg), Stadt- und Landkreis Wesermünde und Landkreis Osterholz (Reg. Stade) auch der Kreis Delmenhorst dazugehören sollte. In einer anglo-amerikanischen Vereinbarung, die am 10. 12. 1945 wirksam wurde, wurde die Enklave auf Bremen und den Hafen Bremerhaven reduziert, die US-MG mit der US-Hafenbehörde zusammengelegt und dieser Rest in den Geltungsbereich der Rechtsvorschriften der britischen Zone einbezogen. Auch das war undurchführbar, weshalb Wesermünde wieder hinzugefügt und später weitere besondere Rechte der US-Zone auf die Enklave übertragen wurden. Die Klärung erfolgte erst durch die anglo-amerikanische Vereinbarung über die Bildung des Landes Bremen in der US-Zone, proklamiert am 22. 1. 1947.

[...] Sobald ich nach Bremen kam, gelang es uns, ein solches Vorkommnis [wie in Leipzig] zu verhindern, eine solche sehr törichte Behandlung der antifaschistischen Organisationen. Auch in Bremen fand ich eine antifaschistische Organisation<sup>69</sup>, etwa 4000–5000 [Mitglieder] stark unter der Kontrolle eines Hermann Wolters, den ich unverzüglich aufsuchte. Er war ein kluger Mann, der jetzt, nebenbei, Sozialsenator in Bremen ist; er arbeitete mit Oberst Welker zusammen, und wir bauten diese antifaschistische Organisation so in die Bremer Stadtregierung hinein, daß, wie ich glaube, jeder unnötige Zusammenstoß zwischen den Nazis und den antinazistischen Gruppen vermieden wurde. Natürlich gab es [auch hier] ein Polizeiproblem. Auch [Oberstleutnant] Kennedy war von dem glatten und urbanen Äußeren eines SS-Polizeichfs getäuscht worden, der bei seiner Ankunft die Polizei der Stadt Bremen leitete. Er wurde jedoch bald entlassen, und [zwar] dank der Zusammenarbeit einer großen und klugen antinazistischen Gruppe in Bremen [...]. Als Mitglied der OSS hatte ich natürlich nachrichtendienstliche Kenntnisse über Bremen; außerdem hatte mir kurz vor meiner Ankunft einer unserer besten Nachrichtenoffiziere eine Liste mit sieben oder acht Deutschen gegeben, die noch in Bremen am Leben waren und uns dabei unterstützen konnten, eine im allgemeinen demokratische deutsche Regierung aufzubauen. Ich besuchte alle diese Leute sogleich und traf sie auch an: Wilhelm Kaisen, den derzeitigen Oberbürgermeister; Herrn Spitta, den Vater der Bremer Verfassung von 1920; Herrn Apelt, den derzeitigen Senator für Handel; Herrn Theil, und einige andere<sup>70</sup>. Ich holte sie zusammen und fragte sie, was man tun könne, um eine Regierung aus verlässlichen und demokratisch eingestellten Leuten aufzubauen. Leider hatte Oberst Welker bereits einen regierenden Bürgermeister ausgewählt, nämlich Dr. Vagts, Mitglied der ehemaligen Deutsch[-Nationalen] Partei und zu meinem Schrecken der Vertreter Bremens gegenüber der Reichsregierung während der ganzen Zeit des Naziregimes. Offensichtlich hatte Oberst Welker Dr. Vagts ohne eine gründliche Untersuchung eingesetzt. Dabei fand ich schon nach kurzer Lektüre in den Protokollen der Bremer Bürgerschaft aus den Jahren 1931 und 1932 zu meinem Erstaunen eine Rede dieses Dr. Vagts nach der anderen, in der er in scharfer Sprache die Weimarer Republik verächtlich gemacht, seine Sympathie mit der anwachsenden Naziartei erklärt und andauernd sowohl mit den Kommunisten wie mit der Naziartei zusammen gearbeitet hatte, um die legitime demokratische Regierung Bremens zu blockieren<sup>71</sup>. Dr. Vagts war ein vollständig unfähiger Mann. In

<sup>69</sup> Die „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ in Bremen war die einzige Antifa, die sich über längere Zeit entwickeln konnte, dabei eine beträchtliche Größe gewann und auf Einheitsorganisationen der Arbeiterbewegung abzielte, aber an der Restauration der Parteien und Verwaltung schließlich scheiterte (vgl. Anm. 15). Sie war aus KPD- und SAP-Widerstandsgruppen entstanden und hatte die Mitarbeit von Sozialdemokraten und Parteilosen gewonnen. Von den Führern war aber nur der Vorsitzende des zentralen Ausschusses ein parteiloser Bürgerlicher (Dr. Nawrath). Ihre Initiatoren Hermann Wolters und Adolf Ehlers wurden Senatoren für die KPD. Zur Tätigkeit und Programmatik der KGF vgl. „Aufbau, Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“, 11 heft. Nummern bis Jan. 1946 (Material Adolf Ehlers) und jetzt Peter Brandt: Antifaschistische Einheitsbewegung, Parteien und Gewerkschaften. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Bremen 1945/46, Phil. Diss., MS, Berlin 1972.

<sup>70</sup> Dorns Darstellung macht nicht ganz deutlich, daß der sozialliberale Senat aus Vorkriegspolitikern bestand und nicht aus der KGF gebildet wurde, während diese nur durch ihre Führer an den Senat angebunden und damit entschärft werden sollte. Vgl. Vorspann und Anm. 67 und 69. Der Führer der Liberalen, Spitta, war schon 1920–1933 zweiter Bürgermeister; 1945–48 war er zusätzlich Senator für Justiz und Verfassung. Vgl. Kaisen, a. a. O., S. 101 f. und Theodor Spitta: Kommentar zur Bremischen Verfassung, Bremen 1960.

<sup>71</sup> Erich Vagts, geb. 1896, war bis 1925 Landbunddirektor und wurde in der Folge DNVP-Fraktionsvorsitzender in der Bremischen Bürgerschaft, 1933–35 Präsident der Gemeindefaufsichtsbehörde, 1935–45 Vertreter Bremens, später auch Oldenburgs in Berlin. Als Oberbürgermeister von Bremen wurde er am 31. 7. 1945 abgelöst. Vgl. auch Kaisen, a. a. O., S. 205. Dorn war offenbar von Vertretern der KGF auf die politische Vergangenheit Vagts hingewiesen worden. Vagts war ein eingeschworener Feind des Weimarer ‚Systems‘ und Vertreter der Harzburger

Bremen war alles durcheinander. Es gab keine Wasserversorgung, keine angemessene Versorgung mit Nahrungsmitteln, keinen Strom; aber als ich ihn zum erstenmal im Bremer Rathaus besuchte, saß er alleine im Zimmer des Oberbürgermeisters und las eine Abhandlung über Verfassungsrecht. [...]

Nachdem ich Oberst Welker die Protokolle einiger Sitzungen der Bremer Bürgerschaft 1931/32 vorgelegt hatte, überzeugte ich ihn endlich, daß Vagts ein äußerst ungeeigneter Bürgermeister sei. Schließlich zeigte er Einsicht, entließ Vagts und ernannte Wilhelm Kaisen zum Senatspräsidenten von Bremen. Im ganzen glaube ich, daß wir dank der Klugheit von Captain Bard und zum Teil vielleicht auch wegen der Energie, mit der ich umher-suchte, eine ziemlich annehmbare Gruppe deutscher Politiker in Bremen zusammenbekommen haben, denen es in den letzten vier Jahren dank ihrer Energie, Klugheit und Wirksamkeit gelungen ist, sich im Amt zu halten, auch nach der Verfassung[sgebung]: sagen wir einmal Kaisen, Apelt, Spitta, Theil und eine Anzahl anderer. Angesichts der Zusammenarbeit dieser wirklich klugen und politisch verlässlichen Deutschen habe ich unsere Bremer Erfahrung immer als eine der glücklichsten in der US-Zone betrachtet, und zwar insbesondere unter dem Gesichtspunkt politischer Verlässlichkeit und Annehmbarkeit. Bezüglich der Kommunisten: Hermann Wolters war das Haupt der kommunistischen Partei dieses Gebiets. Später, nachdem er selbst die Taktiken der kommunistischen Partei erfahren hatte, brach er mit dieser Partei und ist jetzt ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, so daß die Bremer Kommunisten sehr erheblich Boden verloren haben<sup>72</sup>. Nicht zuletzt dank des Geschicks dieser klugen Sozialdemokraten, die seit dem Beginn der Militärregierung in der Verwaltung waren. [...]

Die Hauptschwierigkeit lag damals natürlich in den ungeklärten Beziehungen zwischen der britischen Besatzungsmacht und der amerikanischen Militärregierung. Oberst Welker war es gelungen, der [britischen] 30. Division der 21. Armeegruppe attachiert zu werden, so daß er schon in Bremen einrückte, als die Briten erst ein oder zwei Tage Militäraufgaben versehen hatten; schon am dritten Tag hatte Welker seine Militärregierung etabliert. Die Briten waren überaus hilfsbereit gegenüber den Amerikanern, auch bevor es dort eine amerikanische Armee gab und auch noch vor dem Termin, für den die Übernahme der Verantwortung durch die Amerikaner vorgesehen war.

Bremen war in das Gebiet Oldenburg eingegliedert worden<sup>73</sup>. Die Hauptstadt für die

---

Front, als deren Führer er in der Bürgerschaft auftrat. Vgl. z. B. „Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1930“, S. 43 ff., 55 zum Republikschutzgesetz (dem er positiv Bismarcks Sozialistengesetz gegenüberstellte); 1931, S. 143 ff. zur modifizierten Unterstützung einer kommunistischen Resolution gegen den Youngplan; S. 87 ff. Zustimmung zu einem Mißtrauensantrag der Nationalsozialisten und Forderung eines Rechtskartells aus DNVP, NSDAP, DVP und Grundbesitzern. In den folgenden beiden Jahren vertrat er dann eine Serie von Mißtrauens- und Auflösungsanträgen der Harzburger Front: vgl. 1932, S. 90 f., 92 f. (Auszug der Nazis und Deutschnationalen), 151 ff., 307 f.; 1933, S. 86 f., 106 f., 132 f. Grundsätzlich meinte er, „kann es nicht eher eine Besserung geben, als bis das System, das bis zum heutigen Tag Deutschland beherrscht, verschwindet. Wir werden überall dort, wo wir eine Möglichkeit dazu sehen, mitarbeiten daran, daß dieses System gestürzt und durch ein besseres ersetzt werde.“ (1931, S. 326). Er leitete eine Kampagne zur Stärkung einer der politischen Kontrolle gegenüber selbständigen Polizei (1930, S. 374 ff., 422 f., 443 ff.), begründete Mißtrauensanträge gegen den Senat in der Danat Bank Aktien Affäre (1932, S. 151 ff., 248 ff., 263 f.) und ließ sich auch kleinere Standard-Agitationsanträge wie zur Herabsetzung der Bürgerschaftsdiäten (1930, S. 233 f.) und zum Verbot des Schächtens im städt. Schlachthof (1930, S. 440; 1931, S. 474) nicht entgehen.

<sup>72</sup> Die Führer der KGF Hermann Wolters (KPD) und Adolf Ehlers (KPD, KPO, SAP, seit 1944 wieder KPD) traten am 16. 5. 1946 der SPD bei, offenbar hauptsächlich aus Ablehnung der Praxis in der SBZ nach der SED-Gründung. Die KPD erhielt in der ersten Bürgerschaftswahl im Oktober 1946 11,5%, ein Jahr später 8,8% der Stimmen; das war etwa halb so viel wie in der Endphase der Weimarer Republik in Bremen.

<sup>73</sup> Bremen wurde im Mai 1933 dem Reichsstatthalter in Bremen und Oldenburg, Karl Röver,

Bremer Region lag in Oldenburg. Das Arbeitsamt, das Wirtschaftsamt waren nicht in Bremen. Natürlich erhielt Bremen auch seine ganzen Nahrungsmittel aus der Umgebung. Das Arbeitsamt zum Beispiel war in Delmenhorst, südwestlich vom eigentlichen Bremen, und die ersten Schwierigkeiten erwuchsen aus Fragen der Art, wie könne Bremen ohne das Arbeitsamt in Delmenhorst Arbeitskräfte bekommen. Ohne das hilfsbereite Verhalten der Briten von allem Anfang an hätte Oberst Welker ganz schön Schwierigkeiten bekommen können. Eine andere Frage freilich war, was die Briten aus dem Hafen von Bremerhaven mitnahmen. Aber das war ja nicht Sache der Militärregierung. In allen Angelegenheiten wie DP's, Arbeitskräfte, Strom, Kohle und Nahrungsmittel mußten die Lösungen zuerst mit den Briten ausgehandelt werden, bevor man irgendetwas Angemessenes in Bremen selbst tun konnte. Nachdem wir ursprünglich, lange zurück, überhaupt das nordwestliche Gebiet [Deutschlands] gewollt hatten, schlossen wir schließlich einen Kompromiß mit der Bremer Enklave als Nachschubhafen unserer Zone<sup>74</sup>. Die Enklave war eine ziemlich umfangreiche Sache damals, schloß Gebietsstreifen längs des Flusses bis nach Wesermünde und Bremerhaven ein, und in der Folge wurden sogar noch einige Landkreise dazugeschlagen, weil man sich nicht klar wurde, ob die Briten oder die amerikanische Militärregierung für sie zuständig seien, so daß wir schließlich dort oben ein enormes Gebiet angesammelt hatten, das wir glücklicherweise später den Briten übergaben, weil es nicht absolut notwendig war. Die Enklave selbst hat sich jedoch durch die spätere Erfahrung in jeder Weise gerechtfertigt. Wenn wir sie nicht gehabt hätten, wären wir in unnötige Unannehmlichkeiten mit den Briten gekommen. Die ganze Frage der Zuständigkeit für die Schiffsverkehrskontrolle wäre als eine gemeinsame Angelegenheit so schwer zu behandeln gewesen, daß ich glaube, daß es voll gerechtfertigt war, Bremen zurückzubehalten. Allerdings hätte man nicht nur Delmenhorst, sondern auch Oldenburg, das eindeutig in der britischen Zone lag, einbeziehen müssen, wenn man wirklich in Bremen eine vollkommen autonome Regierung gewollt hätte, und selbst dies hätte nicht ausgereicht. Die Regelung, die Oberst Henry Parkman schließlich durchsetzte, war, wie ich glaube, sehr klug<sup>75</sup>. Wir haben diese ganzen Landkreise und all das Gebiet dazwischen abgestoßen. Da wir ja keinen Streit mit den Briten hatten, gab es keine Notwendigkeit, irgend etwas in diesem Gebiet über Blumenthal und Vegesack hinaus zurückzubehalten.

## 1. 6 Ein Kreiskönig in Garmisch [Erinnerungen]

Ich erinnere mich, es war im Juni 1945, als ich noch Mitglied der OSS war und mit Oberst Stearns durch die Tschechoslowakei, Österreich und Bayern reiste, kamen wir auch nach Garmisch, wo es sicherlich einen Militärregierungsbeamten geben mußte. Da es spät am Nachmittag war, schlug ich Oberst Stearns vor, zum Abendessen beim örtlichen Militärregierungsbeamten zu bleiben und dann zu versuchen, eine Übernachtungsgelegenheit zu finden. Als wir beim Amt der Militärregierung ankamen, verwies man uns an das Haus des örtlichen Militärgouverneurs, den wir Hauptmann L. nennen wollen. Er hatte sich in Garmisch eine wahrhaft prächtige Residenz ausgesucht, die berühmte Villa Wittig<sup>76</sup>, die grandiose moderne Version einer mittelalterlichen Burg mit einem hohen schmiedeeisernen

NSDAP-Gauleiter Weser-Ems und Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg, unterstellt, in der Folge das Staatsgebiet durch die Abtrennung Bremerhavens aufgelöst und die überkommene Verwaltung von Oldenburg, in Bremerhaven von der Provinz Hannover übernommen.

<sup>74</sup> Vgl. Ernst Deuerlein: Die Einheit Deutschlands, Bd. 1, 2. Aufl. Frankfurt/Berlin 1961, S. 62 ff.

<sup>75</sup> Als völlig unzulänglich wurden die britisch-amerikanische Zwitterkonstruktion und die ungeklärte Staatsfrage insbesondere in der Beziehung zu Bremerhaven in Bremen empfunden. Vgl. Kaisen, a. a. O., S. 195 ff. Diesen Einwendungen schloß sich auch der Militärgouverneur schließlich an, vgl. Lucius D. Clay, a. a. O., S. 106, 114 f. Vgl. auch Anm. 68.

<sup>76</sup> Offenbar die Pension Witting. Militärgouverneur Garmischs war im Juni 1945 Major C. H. Heyl, er wurde im Herbst durch Maj. H. L. Snapp (vorher in Donauwörth) ersetzt.

Zaun rund um den Park, einem Kiesweg, der sich zu beiden Seiten durch einen Kiefernbestand schlängelte, bis man mit diesem wirklich kolossalen und prachtvollen modernen Schloß konfrontiert war. Wir klopfen mit dem Türklopfer, und alsbald erschien eine sehr hübsche Dame in einer weißen Seidenbluse. In vollendetem Englisch bat sie uns hereinzukommen, unsere Waffen abzulegen und uns frisch zu machen, und führte uns durch einen Raum, ein längliches Gemach mit einer langen fürstlichen Tafel und Ritterrüstungen in jeder Ecke des Raumes, mit einem gigantischen mittelalterlichen Kandelaber an der Decke und Wandteppichen, führte uns also hier durch in den großen Salon, der auf einer anderen Ebene lag – jede Zimmerflucht lag auf einer anderen Ebene, jede kolossal in den Ausmaßen und prachtvoll in der Ausstattung. Nun erschien die Gastgeberin, ebenfalls eine hübsche Dame, bat uns Platz zu nehmen und fragte uns, ob wir Tee, Kaffee oder Cocktails wollten. Wir batun um Cocktails. Sogleich erschien eine andere hübsche Dame, um uns den Cocktail anzubieten, und sagte uns, der Hauptmann kleide sich gerade an und werde gleich herunterkommen. Als wir nun dasaßen, erschien eine vierte schöne Deutsche im Salon, begrüßte uns und sagte, der Hauptmann werde im Moment herunterkommen. Und so erschien er denn schließlich.

Nun erfuhren wir, daß er ein früherer Impresario in Hollywood gewesen war; offenbar wollte er Garmisch wenigstens für ein Weilchen in ein Hollywood verwandeln. Aber seine Tage waren gezählt. Er bat uns, zum Abendessen dazubleiben, und sagte glücklich: „Ein Luftwaffenoberst wird kommen, und zwar mit zwei DP-Damen.“ Es war natürlich klar, was man damals angesichts des Fraternisierungsverbots „DP“ nannte. Denn Garmisch war ja der bevorzugte bombensichere Wohnort für Nazifrauen, und es gab sie hier auch in Trauben. Diese armen amerikanischen Simpel konnten, wenn sie eine schöne Dame sahen, nicht mehr zwischen einer Nazifrau und sonst jemandem unterscheiden, und so nannte man sie damals alle DPs. Schließlich erschien der Oberst mit zwei sehr anmutigen Damen. Eine von ihnen schien mir norddeutsche Züge zu verraten, und so wandte ich mich an sie und fragte sie auf deutsch, ob sie aus Berlin komme. Sie sagte, ja, sie sei aus Berlin. Von diesem Augenblick an war es vollkommen klar, daß sie keine DP war. Wir setzten uns zu einem wahrlich großartigen Abendessen, und nachdem dies vorbei war – nebenbei erschienen während des Essens weitere drei hübsche Damen als Bedienung, und keine von ihnen war identisch mit einer der früheren – nach dem Essen also sagte der Captain: „Sie haben ja noch gar nichts gesehen. Wir werden Ihnen etwas wirklich Prachtvolles zeigen.“ So ließ er die Seilbahn in Bewegung setzen, die auf die Spitze des Wank führte. Und dann fuhren wir also mit der Bergbahn auf den Wank, wo dieser Offizier das Hotel auf der Bergspitze in eine Cocktailbar verwandelt hatte, und wieder bot man uns Drinks an.

Danach hatten wir ein Gutteil unseres Interesses und unserer Begeisterung für diesen Ort eingebüßt. Bevor wir wieder hinunter fuhren, zog mich der Hauptmann zuletzt mit sich – er kannte mich noch aus Shrivenham – und draußen sagte er: „Da liegt mein Königreich und ich bin stolz darauf.“ Nun, das wahrte nur zwei Wochen. Er wurde nach Hause geschickt. Mit solchen Sachen wurde prompt aufgeräumt. Er war vollkommen ineffektiv gewesen. Schon sehr früh zeigte sich, daß wir, wenn wir bei den Deutschen irgendetwas wie Verantwortungsgefühl entwickeln wollten, diese Leute wirklich zur Rechenschaft ziehen mußten. In der frühen Zeit mußte aber zweifellos der örtliche Militärregierungs-offizier im Landkreis oder im Stadtkreis in die deutschen Dinge eingreifen, weil die ganze Polizei gesäubert und reorganisiert werden mußte, DPs mußten ordentlich ernährt und gekleidet werden, man mußte für die Nahrungsmittelverteilung sorgen. Einige unserer frühen Polizeioffiziere verwalteten die Polizei einfach selbst. Ich habe einen Offizier nach dem anderen in den Ämtern der deutschen Polizeipräsidenten alle die Arbeit tun sehen, die der Polizeipräsident hätte selbst tun sollen. Mit anderen Worten: sie arbeiteten hart an Dingen, die ganz und gar nicht zu ihrer wirklichen Aufgabe gehörten. Das gilt nicht nur für das Gebiet der Polizei. Es trifft auch für das Ernährungswesen und die Landwirtschaft zu. Es galt überhaupt für eine große Anzahl von Fällen, wo unsere Leute, anstatt die Deutschen dazu zu bringen, die Aufgaben zu lösen, und ihnen Verantwortung zu über-

tragen, in Wirklichkeit die Aufgaben selbst übernahmen. Dadurch wurde es für die Militärregierung zu einem dringenden Problem, diese Leute zurückzuziehen. Denn es war klar, daß eine verantwortliche Regierungsweise [unter den Deutschen] nicht entwickelt werden konnte, solange sie da waren. Schließlich bildete sich sowohl in Frankfurt wie hier [in Berlin] bei General Clay die Überzeugung heraus, daß es in vielen Fällen unmöglich sei, einen Militärregierungsoffizier dazu zu bringen, auf eigene direkte Operationen zu verzichten und jene andere und schwierigere Rolle eines Überwachers zu übernehmen. Hier entpuppte sich das Demobilisierungsprogramm als Glück im Unglück<sup>77</sup>. Denn wir konnten eine große Zahl derjenigen, die alles nur selbst machen wollten, nach Hause senden und andere Leute als Überwacher, Berater und Berichterstatter ausbilden.

---

<sup>77</sup> Vgl. Anm. 28.